

147. Sitzung

Mittwoch, den 19.03.2014

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Bergner, FDP 13880
Emde, CDU 13880,
13881

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD zum Thema: „Konsequenter Verbraucherschutz - Keine grüne Gentechnik in Thüringen“

13881

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7443 -

Mühlbauer, SPD 13881
Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE 13882
Primas, CDU 13883,
13886,

13886, 13886

Hitzing, FDP 13883
Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13884
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit 13886

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Fukushima und Peak Oil - hält Thüringens Klima- und Energiepolitik Kurs?“

13888

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7475 -

Hellmann, DIE LINKE	13888
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13889
Worm, CDU	13890
Kemmerich, FDP	13891
Weber, SPD	13892
Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	13893

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Kürzung der Frist zur Beantragung der Entschädigung von DDR-Heimkindern - Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Thüringen“ 13895

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7485 -

Barth, FDP	13895, 13897, 13897
Bärwolff, DIE LINKE	13897
Gumprecht, CDU	13898
Siegismund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13898
Eckardt, SPD	13899
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	13900

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Positionen und Beitrag der Thüringer Landesregierung zur Sicherung der Steuergerechtigkeit und der Steuermoral“ 13901

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7486 -

Aussprache

Huster, DIE LINKE	13902
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13902
Dr. Pidde, SPD	13903
Barth, FDP	13904, 13905
Lehmann, CDU	13905, 13906, 13906
Dr. Voß, Finanzminister	13906

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Grob, Groß, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpennig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Möller, Nothnagel, Ramelow, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Sparmberg, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Gnauck, Höhn, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß

Beginn: 15.32 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich heiÙe Sie ganz herzlich willkommen zur Sitzung des Thüringer Landtags, jetzt zu dem regulären Teil. Ich begrüÙe auch die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreter der Medien und weise darauf hin, dass für diese Plenarsitzung als Schriftführerin Frau Abgeordnete Kanis neben mir Platz genommen hat und die Rednerliste der Abgeordnete Meyer führt.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Günther, Herr Abgeordneter Metz, Herr Abgeordneter Dr. Voigt, Herr Minister Geibert und Herr Minister Reinholz zeitweise.

Ich weise darauf hin, dass am Ende der heutigen Plenarsitzung gegen 19.00 Uhr der Thüringer Handwerkstag für den parlamentarischen Abend eingeladen hat. Sie haben alle die Einladungen bekommen, Zeitpunkt gegen 19.00 Uhr.

Zur Tagesordnung gebe ich folgende Hinweise:

Die Große Anfrage der Fraktion der FDP und die Antwort der Landesregierung in den Drucksachen 5/5897 und 5/6510 in TOP 31 wurden gemäß § 86 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung zur Beratung auf die Tagesordnung gesetzt. Daraus folgt, dass dieser Tagesordnungspunkt in dieser Plenarsitzung im Regelfall aufgerufen wird. Ich bitte dann um den Vorschlag zur Platzierung, sage aber erst die anderen Hinweise zu der Tagesordnung an.

Bei der Verteilung der Einladungen gab es fehlende Beschlussempfehlungen und die entsprechenden Hinweise auf die Drucksachennummern. Das sind zu TOP 1 die Drucksachenummer 5/7467, zu TOP 4 die Drucksachenummer 5/7476, zu TOP 5 a die Drucksachenummer 5/7465, zu TOP 5 b die Drucksachenummer 5/7466 und zu TOP 11 die Drucksachenummer 5/7472.

Als Berichterstatter zu TOP 11 wurde der Abgeordnete Kubitzki benannt.

Die angekündigten Gesetzentwürfe der Landesregierung haben zu TOP 8 die Drucksachenummer 5/7452, zu TOP 9 die Drucksachenummer 5/7453 und zu TOP 10 die Drucksachenummer 5/7454.

Der Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der SPD zu TOP 32 hat die Drucksachenummer 5/7481.

Der Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE zu TOP 33 hat die Drucksachenummer 5/7482.

Der TOP 2, Thüringer Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Bereich des Rettungswesens und des Brand- und Katastrophenschutzes, wird von

der Tagesordnung abgesetzt, da der zuständige Ausschuss noch nicht abschließend beraten hat.

Zu Tagesordnungspunkt 34, der Fragestunde, kommen die Mündlichen Anfragen in Drucksachen 5/7392, 5/7430, 5/7438, 5/7450, 5/7451, 5/7455, 5/7456, 5/7464, 5/7468 bis 5/7471 - korrigierte Fassung - und 5/7480 hinzu. Die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/7430 und 5/7450 werden im Einvernehmen mit den Fragestellern am Freitag aufgerufen.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, dass neben den bereits in den letzten Plenarsitzungen angekündigten Sofortberichten zu den Tagesordnungspunkten 12, 13, 15, 16, 20 und 23 sowie zum Tagesordnungspunkt 25 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch gemacht wird.

Ich weise darauf hin, ich habe das Signal aus allen Fraktionen vernommen, dass man sich einvernehmlich geeinigt hat, dass die Tagesordnungspunkte 3, 4 und dann auch 8, 9 - das war vereinbart worden, das sind alles Tagesordnungspunkte, die das Innenministerium betreffen - am Freitag mit Eintritt in die Tagesordnung behandelt werden. Damit ist das so festgestellt.

Jetzt frage ich nach dem Platzierungswunsch der FDP-Fraktion für die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung. Bitte, Herr Parlamentarischer Geschäftsführer.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich beantrage namens meiner Fraktion die Einordnung am Donnerstag nach den Wahlen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gut. Das ist ein Recht Ihrer Fraktion, die Platzierung hier am Donnerstag nach den beiden Wahlen einzuordnen. Jetzt gibt es dazu offensichtlich eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Emde.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, ich denke, es entspricht unserer Geschäftsordnung, dass wir die Beratung dieser GroÙen Anfrage auch nach den Gesetzen einordnen, und beantrage daher, dass wir die Große Anfrage am Freitag als letzten Tagesordnungspunkt aufrufen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann lasse ich über beide Anträge abstimmen. Die FDP hat beantragt, die Platzierung am Donnerstag nach den Wahlen vorzunehmen. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Mitglieder der Fraktion der

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

FDP. Ich frage nach den Gegenstimmen. Das sind die Mitglieder aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU und damit eine Mehrheit. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Doch, es gibt 1 Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diese Platzierung ist abgelehnt worden.

Jetzt lasse ich über den zweiten Antrag, dies am Freitag vor Abschluss des Beratungstages aufzurufen, abstimmen. Wer dieser Platzierung seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU sowie FDP, also alle. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Die gibt es auch nicht. Lassen Sie mich erst einmal feststellen, dass wir diese Platzierung jetzt einvernehmlich so vorgenommen haben.

Herr Abgeordneter Emde, jetzt haben Sie die Möglichkeit, das zu sagen, was Sie sagen wollen.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, wir hatten uns auch verständigt, dass der Tagesordnungspunkt 10, die Änderung zum Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetz, am Freitag aufgerufen wird. Das war vorhin untergegangen. Ich wollte es nur noch einmal klarstellen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gut, dann halten wir das für das Protokoll so fest. Ich hatte vorhin nur die 3, 4, sie waren neu, für den Freitag eingeordnet, 8, 9 - und so hatte man sich schon verständigt - und 10 sind am Freitag vorgesehen. Aber auch das haben wir jetzt für das Protokoll noch einmal so festgestellt.

Wird der nun vorliegenden Tagesordnung mit den eben vorgenommenen Änderungen widersprochen? Das ist nicht der Fall, so dass wir jetzt den **Tagesordnungspunkt 35** aufrufen können, die Aktuelle Stunde. Die Fraktionen der CDU und SPD haben eine gemeinsame Aktuelle Stunde beantragt und weiterhin die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE eine Aktuelle Stunde eingereicht. Sie kennen das Prozedere. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten zu diesem Thema. Die Landesregierung hat 10 Minuten Redezeit zu jedem Thema. Wird die Redezeit der Landesregierung überschritten, dann verlängert sich die Aussprache für das jeweilige Thema mit einer Zeitansage, die ich Ihnen jetzt nicht vortragen werde, die wir Ihnen zu gegebener Zeit bekannt geben werden.

Ich rufe auf den **ersten Teil** der Aktuellen Stunde

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktionen der CDU und**der SPD zum Thema: „Konsequenter Verbraucherschutz - Keine grüne Gentechnik in Thüringen“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7443 -

Ich erteile das Wort für die SPD-Fraktion der Abgeordneten Mühlbauer.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Gentechnik ist nicht grün, Verbraucher und Produzenten müssen wirksam geschützt werden. Die grüne Gentechnik klingt verlockend nach der vermeintlichen Vereinbarung des anscheinend Unvermeidbaren. Hinter dem Begriff verbirgt sich jedoch auch sichtlich die Veränderung von Erbmaterial von Organismen in Abgrenzung zur medizinischen roten und industriellen weißen Biotechnologie in den Genen von Pflanzen. Sie ist deswegen nicht etwa risikolos, sondern bringt unabsehbare und viel zu häufig ausgeblendete Gefahren mit sich. Das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger. Laut einer repräsentativen Umfrage durch das Bundesumweltministerium, das Bundesamt für Naturschutz, vom Oktober 2010 lehnen beinahe 90 Prozent der deutschen Bevölkerung den Anbau, Vertrieb und Konsum gentechnisch veränderter Organismen (GVO) strikt ab. Ebenso verhalten sich die Landwirtinnen und Landwirte. Diese haben auch keinen Einfluss mehr darauf, dass ihre Felder gentechnikfrei bleiben. Einmal ausgesetzt, setzen sich die transgenen Pflanzen über kurz oder lang auf den Feldern durch. Ein Zurückdrängen kann nur durch weitere Manipulationen und scheinbare Verbesserungen des Erbgutes erreicht werden. Kontaminationen sind oft unumkehrbar, die Biodiversität ist damit bedroht. Von einer häufig konzertierten Wahlfreiheit oder sogar Koexistenz kann gar nicht die Rede sein. Den langfristig unkalkulierbaren Schaden tragen die Landwirte und die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das scheinbar altruistische Argument der Befürworter und der herstellenden Chemiekonzerne, durch die Ernte und den Verkauf transgener Lebensmittel den Welthunger leichter beseitigen zu können, verliert sich in Wohlgefallen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Versorgung der Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln ist kein Problem der Menge, sondern eine Frage der Verteilung. Vergewegenwärtigt man sich weiterhin, dass teilweise nur sterile gentechnisch veränderte Organismen auf den Markt gebracht werden, wird der reine Profitgedanke umso durchsichtiger. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten unterstützen dies durch eine Patentrechtspolitik, die die Veränderungen an zum Leben bestimmten Organismen unter dem Deckmantel des Schutzes intellektuellen Eigentums durchgreifend

(Abg. Mühlbauer)

garantiert. Herbizidresistente Pflanzen führen nicht etwa dazu, dass weniger Pestizide verwendet werden. Im Gegenteil, auch das zu vernichtende Unkraut passt sich an, so dass noch stärkere Bekämpfungsmittel eingesetzt werden müssen. Das führt zu einer höheren schleichenden Intoxikationsgefahr der Konsumentinnen und Konsumenten durch das verwendete Pflanzengift. In bestimmten Umgebungen sind die Pflanzen, die auch als gentechnisch veränderte Organismen vertrieben werden, sogar selbst das Unkraut und bereits resistent, so dass Pflanzenschutzmittel ihre Wirkung gänzlich verfehlt haben. Auch andere Zusammenhänge von grüner Gentechnik auf die Ökologie und Gesundheit der Menschen sind bis heute nicht hinreichend erforscht. Nur ein Bruchteil der Aussetzungen, etwa 1 Prozent der Aussaaten, wird überhaupt kontrolliert. Eine prozessbegleitende Problemlösung, wie sie häufig konzertiert wird, ist nicht zu erkennen. Sie bleibt aber ungeachtet dessen in jedem Fall abzulehnen. Der Qualitätsstandard in der Landwirtschaft wird damit untergraben, ja gänzlich konterkariert. Eine Problemlösung ist auch mangels vorhandener Alternativpläne ausgeschlossen. Wir - die SPD-Fraktion in Thüringen - begrüßen ausdrücklich die Unterzeichnung der Charta von Florenz durch die Landesregierung und den Beitritt zum Europäischen Netzwerk Gentechnikfreier Regionen als erstes deutsches Bundesland. Die Aufnahme in das Netzwerk darf aber kein Lippenbekenntnis bleiben. Thüringen muss in allen Richtungen darauf drängen, dass das Dokument auch tatsächlich umgesetzt wird. Dazu gehört einerseits die Werbung für gentechnikfreie Zonen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden, andererseits aber auch die Einsetzung in die europäische Gesetzgebung und auf Bundesebene. Grüne Gentechnik kann und wird, soll aus unserer Sicht für Thüringen nicht der Weg werden. Ein klares „Nein“ aus unserer Sicht und ein „Danke“ für den entschiedenen Einsatz an die Landesregierung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Scheringer-Wright das Wort.

Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der transgene Mais 1507 steht vor der Zulassung für den Anbau in der Europäischen Union. Deutschland, der deutsche Agrarminister hat sich in der entsprechenden Sitzung im Februar dieses Jahres bei der Entscheidung enthalten. Damit wurde keine qualifizierte Mehrheit gegen die Zulassung dieses Maises erzielt. Man hört, dass die Bundeskanzlerin das so wollte. Damit reißt die Bundeskanzlerin mühsam errungene Positionen, die durch den Druck der Bevölkerung in Deutschland erzwungen wurden, ein.

Was bedeutet das für Thüringen? Die CDU- und SPD-Bundesregierung fällt der CDU-/SPD-Landesregierung in den Rücken. Um was geht es eigentlich bei diesem Mais? Die US-Firma, die den herausgebracht hat, Pioneer Dupont, wirbt mit zwei Eigenschaften für diesen Mais. Dieser Mais enthält das Gift des *Bacillus thuringiensis*. Dieser Mais ist resistent gegen Glyphosat, einen Herbizidwirkstoff, der zum Beispiel im Roundup oder Basta verwendet wird.

Damit ist dieser Mais einerseits giftig für Maiszünsler und damit auch für alle verwandten Insekten wie Falter und auch Schmetterlinge, also ähnlich wie der verbotene Mais MON810. Auf der anderen Seite bringt dieser Mais mit sich, wenn er angebaut wird, dass der Glyphosat-Einsatz noch weiter steigt. Es gibt eine Studie, die kürzlich veröffentlicht wurde. Da wurde bei 70 Prozent der Probanden festgestellt, dass sie Glyphosat im Urin hatten. Glyphosat ist zellschädlich, greift vor allem Embryonalzellen und Plazentazellen an und hat damit schlimme Auswirkungen für die Reproduktion der Menschen.

Ein großes Problem ist auch, dass dieser Mais bislang schon in die Europäische Union importiert werden darf. Damit haben wir eine schleichende Verunreinigung, zum Beispiel über Verfütterung, dieses Maises in der Tierhaltung.

Meiner Ansicht nach hat sich die Landesregierung auf dem Titel „gentechnikfreie Region“ ausgeruht. Denn selbst wenn die Opt-out-Klausel greifen wird, also die Ausstiegsmöglichkeit, dann reicht das nicht, um Thüringen gentechnikfrei zu halten. Es braucht eine Bundesratsinitiative, um Kennzeichnungslücken zu schließen. Milch, Eier und Fleisch von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Mais oder Soja gefüttert werden, müssen nicht gekennzeichnet werden. Auch Lebensmittel, die Verunreinigungen bis 0,9 Prozent gentechnisch veränderter Organismen enthalten, müssen nicht gekennzeichnet werden.

Vor diesem Hintergrund muss man feststellen, dass jetzt schon der Verbraucherschutz mit den Füßen getreten wird. Wenn man es mit Verbraucherschutz ernst meint, müssen die Kennzeichnungslücken geschlossen werden und eine Kennzeichnungsgrenze, ein Freibetrag, diese 0,9 Prozent, abgeschafft werden. Es muss natürlich verhindert werden, dass dieser transgene Mais 1507 in Deutschland, in der Europäischen Union angebaut werden darf. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Primas das Wort.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben die Thematik Gentechnik und Verbraucherschutz noch einmal zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde gemacht, weil es sich lohnt, deutlich zu machen, wie weit wir in Thüringen schon sind, und zwar auf der Grundlage des CDU-/SPD-Antrags aus 2010. Das gefällt zwar nicht Frau Scheringer-Wright. Man findet immer ein Haar in der Suppe, was wir noch nicht geschafft haben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das gefällt mir, reicht aber nicht.)

Wir sind jedenfalls froh, dass wir das Thema in Thüringen angepackt und so weit gebracht haben.

Da lassen wir uns auch nicht ständig einreden, das wäre nichts und das hätten wir nicht und das hätte alles viel weiter sein können. Ja, hätten Sie es doch gemacht.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: 2005 haben wir einen Antrag eingebracht.)

Es waren CDU und SPD, die in dieser Legislatur die Gentechnikfreiheit als Thema besetzt haben.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Hurra, hurra, hurra!)

Schönen Dank für den Beifall, das haben wir auch verdient.

(Unruhe DIE LINKE)

Den Landtagsbeschluss dazu hat die Landesregierung vollständig umgesetzt. Hier noch einmal ein Dankeschön an das Sozialministerium und an das Landwirtschaftsministerium.

(Beifall SPD)

Was ist in Thüringen anders als in anderen Ländern? Warum sind wir aufgrund unserer Politik weiter als andere? In den Verträgen bezüglich der landeseigenen Flächen ist die Gentechnikfreiheit zum Großteil inzwischen geregelt. Wo noch nicht, wird das sukzessive bei Verlängerungen oder sonstigen Vertragsänderungen geschehen. Mir ist nicht bekannt, wo es noch nicht wäre. Aber man muss das trotzdem vorsichtshalber so formulieren. Auch Thüringen ist dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Verschiedene Landkreise haben für ihre kreiseigenen Flächen ähnliche Beschlüsse wie wir im Landtag gefasst. Keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf unseren Feldern, das ist unser Grundsatz in Thüringen. Das ist so, Frau Scheringer-Wright, und das bleibt so.

Ich habe keine Zweifel, dass die Landesregierung diese Linie hält und ihren Einfluss gar verstärkt geltend macht. Eine Möglichkeit bietet das Europäische Netzwerk Gentechnikfreier Regionen, in dem wir uns weiterhin für ein Anbauverbot gentechnisch

veränderter Pflanzen einsetzen können. Aber wir haben auch Anlass, das Thema aktuell zu diskutieren, das ist wohl wahr. Auf europäischer Ebene stehen weitere neue Zulassungen von gentechnisch veränderten Pflanzen für einen Anbau an. Das müssen wir nicht nur kritisch beobachten, wir müssen auch reagieren. Dazu soll schließlich vielleicht auch unsere Verbraucherschutzministerin heute die Gelegenheit bekommen, auf die Knackpunkte hinzuweisen und darzustellen, wie Thüringen reagieren wird. Ein wesentlicher Punkt dabei ist der Gentechnik-Mais 1507, der in weltweit 18 Ländern sowie in der EU als Lebensmittel zur Verwendung und in weltweit 15 Ländern sowie der EU als Futtermittel zugelassen ist. Nicht zugelassen ist er zum Anbau in der EU. Über die Anbauzulassung entscheidet allerdings allein die Kommission.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Ja, weil Deutschland sich enthalten hat.)

Die Landesregierung hat in der Antwort auf die Anfrage von Dr. Augsten deutlich gemacht, dass der Landesregierung derzeit noch kein rechtliches Instrumentarium zur Verfügung steht, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen, so auch der Maislinie 1507, außerhalb der landeseigenen Flächen zu untersagen. Auf den landeseigenen Flächen sind entsprechende Verbotsklauseln vertraglich festgeschrieben. Das wissen wir und das geht auf den bekannten Landtagsbeschluss zurück, den die Koalitionsfraktionen initiiert haben.

(Beifall SPD)

Damit Genmais auch weiterhin nicht in Thüringen angebaut wird, ist es vollkommen richtig, dass sich die Landesregierung bei der Neugestaltung der diesbezüglichen EU-Regelungen für mehr regionale Selbstbestimmungsrechte einsetzt. Recht herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Hitzing das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, ich bin sehr erstaunt und überrascht über die große Zweisamkeit und Einigkeit der Koalition, wenn ich mich an die Sondersitzung von vorhin erinnere.

(Beifall FDP)

Es kommt nur auf die Themen an. Das scheint so zu stimmen.

„Keine grüne Gentechnik in Thüringen“ ist das Thema Ihrer Aktuellen Stunde. Nach unserer Auffassung hat sich die Landesregierung bei den Koali-

(Abg. Hitzing)

tionsfraktionen eine Aktuelle Stunde gewünscht, um sich feiern zu lassen. Herr Primas, Sie haben es gerade auch schön formuliert. Ich frage mich nur: Wofür lässt man sich feiern? Dafür, dass man einfach dagegen ist?

(Unruhe CDU)

Substanziell hat die Landesregierung in dieser Frage nichts zu bieten. Das schreibt sie selbst in der Drucksache, die Sie eben zitiert haben, in die Antwort. Dort heißt es: „... kein rechtliches Instrumentarium zur Verfügung, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen außerhalb der landeseigenen Flächen zu untersagen.“

Keine Handlungsmöglichkeit, dafür aber, meine Damen und Herren, viel Stimmungsmache. Das ist Scheinpolitik.

(Beifall FDP)

Ich denke aber auch, dass wir die Frage der Nutzung von Gentechnologie differenzierter betrachten müssen. Es ist auch richtig und wahr, das muss man sehr ernst nehmen, dass bei den Menschen in unserem Land weit verbreitete Bedenken gegenüber Lebensmitteln, bei deren Herstellung gentechnisch veränderte Organismen eingesetzt werden, bestehen. Diese Bedenken müssen wir als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger respektieren und, wie gesagt, ganz genau betrachten.

Für uns ist natürlich auch der Blick in Richtung Forschung ein Blick, der zumindest gestattet sein muss. In Deutschland und auch weltweit auch auf diesem Gebiet zu forschen, darf grundsätzlich nicht aus ideologischen Gründen zum Denkverbot verkommen.

(Beifall FDP)

Jegliche Entwicklung auszubremsen, ist unserer Meinung nach auch der falsche Weg. Die Freiheit zur Forschung bedeutet natürlich aber auch immer Verantwortung für das, was man tut.

(Beifall FDP)

Für die Gentechnik bedeutet das, neben Chancen natürlich auch Risiken zu betrachten. Risiken grüner Gentechnologie sind zum Beispiel Resistenzbildung oder Beeinträchtigung nützlicher Insektenpopulationen. Chancen können demgegenüber auch die Steigerung von Erträgen, die bessere Verfügbarkeit von Nährstoffen und zum Beispiel auch die Reduzierung von Allergien sein und somit Mangelernährungen und Gesundheitsschäden verringern oder dem abhelfen.

(Zwischenruf Abg. Worm, CDU: Das ist aber nur die Theorie.)

Genau. Und weil es nur die Theorie ist, kann man sowohl das eine als auch das andere nicht als Be-

hauptung einfach in den Raum stellen, was Frau Mühlbauer getan hat.

(Beifall FDP)

Die Forschung spricht für sich und Forschung muss erlaubt sein. Wie gesagt, es geht darum, Chancen und Risiken abzuwägen, anzusehen und zu kontrollieren. Es geht um die Souveränität der Verbraucher. Dazu brauchen wir, verehrte Damen und Herren, natürlich transparente Informationen durch eine umfassende Kennzeichnung der Beteiligung von gentechnisch veränderten Organismen bei der Lebensmittelherstellung.

(Beifall FDP)

Die aktuelle Diskussion um den Mais 1507 in der EU ist der Anlass der Auseinandersetzung. Die Kommission hatte die Zulassung empfohlen. Allerdings ist keine qualifizierte Mehrheit, Frau Dr. Scheringer-Wright hat es gesagt, zustande gekommen und es gibt jetzt diesen Vorschlag für die möglichen nationalen Ausstiegsvarianten über die Opt-out-Regelung. Die Frage, die jetzt auch diskutiert wird, ist, ob man das auch auf Regionen runterbrechen kann. Da muss man auch die zweite Frage stellen: Kann das eine Region, eine kleine Region, zum Beispiel auch ein Bundesland? Die Opt-out-Regelungen an sich werden jetzt diskutiert und für Deutschland muss man zum heutigen Zeitpunkt sagen, dass überhaupt nicht angestrebt wird, diesen Mais in Deutschland anzubauen, derzeit auf gar keinen Fall.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: So ist es.)

Ich bin nach wie vor der Meinung, ich will es auch noch einmal sagen, diese Aktuelle Stunde in der großen Zweisamkeit und der großen Einigkeit der Koalition, die hier die Regierung trägt, ist nach unserer Auffassung nichts anders als eine Wohlfühlpille der Landesregierung, und das im Vorwahlkampf. Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Dr. Augsten von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir möchten zunächst einmal den Kolleginnen und Kollegen der CDU und SPD nicht unseren Dank aussprechen, sondern wirklich Respekt für den Mut zollen, eine solche Aktuelle Stunde einzubringen, dafür einzuladen. Es ist schon mutig, Herr Barth, angesichts dessen, was die Bundesregierung und

(Abg. Dr. Augsten)

die Große Koalition auf Bundesebene gerade machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Scheringer-Wright, es ist nicht so, dass die Bundesregierung der Landesregierung in den Rücken fällt, sondern hier werden wohlfeile Pressemitteilungen verfasst, die Menschen beruhigen sollen. In Berlin und Brüssel werden Entscheidungen gefällt, die genau das Gegenteil von dem bewirken, was in diesen Antrag steht. Das sind die Tatsachen. Das fängt bei einem Koalitionsvertrag an, der in einem ersten Entwurf durchaus gentechnikkritische Positionen beinhaltet hat, der dann aber von der CDU mit Kritik SPD und CSU so modifiziert wurde, dass die entscheidende Passage herausgestrichen wurde. Das geht weiter bei Entscheidungen, wie sie Frau Scheringer-Wright schon angedeutet hat. Ich will durchaus noch mal darauf hinweisen, dass es in den letzten Wochen zwei Anträge der Bündnisgrünen im Bundestag gab, einer, der sehr gut zu dieser Aktuellen Stunde passt, nämlich „Verbot oder Nichtzulassung des gentechnisch veränderten Mais 1507“, abgelehnt von CDU und SPD,

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Genau!)

auch von den Thüringer Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD, mit Ausnahme von Herrn Lemme und Herrn Selle, die sich enthalten haben. Alle anderen Bundestagsabgeordneten aus Thüringen haben dem Antrag nicht zugestimmt. Es gab vorige Woche eine Abstimmung zu einem Antrag der Grünen, nämlich die Honig-Richtlinie zu ändern, eine Kennzeichnungspflicht einzuführen, um Honig zu kennzeichnen, der auch wieder von den Thüringer Abgeordneten der CDU und SPD abgelehnt wurde. Also, meine Damen und Herren, wenn das nicht eine deutliche Sprache spricht, was die CDU und SPD an den entscheidenden Stellen wirklich tun, dann weiß ich nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern hat Frau Scheringer-Wright auch völlig recht. Nach der Entscheidung, die die deutsche Bundesregierung im Europarat durch eine Enthaltung mit herbeigeführt hat und sich nicht auf die Seite der kritischen Länder stellte, hat die EU-Kommission jetzt freie Hand, die in allen gleichgelagerten Fällen in der Vergangenheit immer für die Zulassung von gentechnisch veränderten Sorten gestimmt hat. Es ist natürlich klar, dass die deutsche Bundesregierung mit ihrer Entscheidung oder mit ihrem Abstimmungsverhalten dazu beiträgt, dass genau das Gegenteil von dem passiert, was Sie in dieser Aktuellen Stunde hier formuliert haben, genau das Gegenteil.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Primas, wenn Sie jetzt auf den Beschluss des Landtags, den wir damals nur deshalb nicht unterstützt haben, weil er uns nicht weit genug ging, der aber, da muss ich Ihnen recht geben, für Deutschland wegweisend war - wenn Sie darlegen, dass alles erfüllt wurde -, da will ich von der Bundesebene, von der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen wegkommen, um auf die Landesebene herunterzukommen. In diesem Beschluss - ich habe ihn dabei - steht unter Punkt 8, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, den Beschluss, den wir hier gefasst haben, im Prinzip auf Kommunal- und Kreisebene fortzuführen bzw. durchzusetzen. Wir als Grüne haben dann ein Jahr lang gewartet, haben bei den Kreistagen und Kommunen nachgefragt, was die Landesregierung getan hat. Sie hat nichts getan. Dann gab es eine ganze Reihe von Anträgen der grünen Fraktionen gemeinsam in der Regel mit der SPD, die kreiseigenen und kommunaleigenen Flächen gentechnikfrei zu bewirtschaften, wie es der Landtagsbeschluss vorgesehen hat. In der Mehrzahl der Fälle ist dieser Antrag von der CDU

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und in meinem Fall im Weimarer Land auch von der SPD mit Ausnahme von Herrn Merten, der hat sich enthalten, abgelehnt worden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, der Kollege Mohring hat hier im Landtag einem Antrag zugestimmt, den er dann im Kreis Weimar wortgleich abgelehnt hat.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Gespaltene Zunge!)

Das ist das, was Sie vor Ort an Politik betreiben, dort, wo es darauf ankommt, dass man Entscheidungen trifft, die auch wirklich wirksam werden. Deswegen, Kollegin Mühlbauer, halten Sie doch Ihren Vortrag mal bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion. Die haben das noch nicht verstanden, wie es scheint. Und im Gegensatz zu Frau Lieberknecht, die wenigstens noch so klug war, in ihrer Pressemitteilung vom 12.02. zu schreiben, dass sie persönlich der Meinung ist, dass die Thüringer Äcker gentechnikfrei bleiben sollten, haben Sie den Thüringerinnen und Thüringern versprochen, es wird keinen Genmais in Thüringen geben. Zum Glück hat die Landesregierung auf meine Mündliche Anfrage Farbe bekannt und gesagt, das trifft für gut 8.000 Hektar zu. Auf die restlichen 600.000 Hektar haben sie überhaupt gar keinen Einfluss. Da brauchen wir Entscheidungen in Berlin und Brüssel, die genau das verhindern, was jetzt die CDU und SPD auf Bundesebene auf den Weg gebracht haben.

(Abg. Dr. Augsten)

Deshalb: Verbraucherschutz fängt bei Ehrlichkeit an. Deswegen bleiben Sie bei der Ehrlichkeit, sagen Sie den Menschen, was wirklich los ist. Vor allen Dingen sorgen Sie in Ihren eigenen Reihen dafür, dass das, was Sie für richtig halten, auch in Brüssel und Berlin eine große Rolle spielt. Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Für die Landesregierung hat Ministerin Frau Taubert um das Wort gebeten. Entschuldigung, Frau Taubert - 40 Sekunden.

Abgeordneter Primas, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich kann das einfach so nicht stehen lassen. Wir rechnen doch auch nicht ständig vor, was die Grünen nun in Hessen mit Kali+Salz machen. Wir reden auch nicht davon, was die Grünen in Baden-Württemberg machen. Müssen wir uns denn ständig dafür rechtfertigen, was andere machen und nicht machen?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das Weimarer Land befindet sich aber in Thüringen.)

Entschuldigung, jetzt rede ich. Wenn andere etwas anders machen - können wir denn nicht hier in Thüringen auch mal unseren Weg gehen und sagen, wir wollen bei der Gen-Technik das.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie halten uns vor, weil es andere nicht machen, sollen wir es auch nicht machen? Was ist denn das für eine Argumentation? Das ist doch nun hanebüchen und lächerlich, ich will das nur mal sagen. Das geht doch nicht. Ich sage Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung, was mich dabei prägte. Ich war bei BASF und habe mir das angeschaut. Dort war gerade ein Versuch mit Kartoffeln. Das haben die wunderbar hingekriegt. Da haben sie erklärt, dass lässt sich nicht frei ... Das geht nicht woanders hin, das bleibt da. Und einen Tag später war es in Schweden auf einem Versuchsfeld zwei Felder weiter ausgebrochen. Das war für mich das Signal, dass es so nicht geht. Und, glauben Sie, wenn wir uns dafür engagieren hier als Koalitionsfraktionen,

Vizepräsident Gentzel:

Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist um.

Abgeordneter Primas, CDU:

ist denn das etwas Verwerfliches, dass Sie uns dafür kritisieren?

(Unruhe DIE LINKE)

Vizepräsident Gentzel:

Herr Abgeordneter, würden Sie bitte zum Ende kommen?

Abgeordneter Primas, CDU:

Da sollten Sie uns positiv loben und uns unterstützen, dass es andere nachmachen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mike Mohring ist doch keine gespaltene Persönlichkeit.)

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Die gespaltene Zunge ist verwerflich.)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter Primas. Ich schaue noch mal in die Runde, für die Landesregierung hat Ministerin Taubert das Wort.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD für die Thüringer Landesregierung Stellung nehmen. Keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf unseren Feldern - nach diesem Grundsatz handelt die Landesregierung weiterhin.

(Beifall SPD)

Wir stützen uns dabei auf die Landtagsbeschlüsse Drucksache 5/1152 „Thüringen aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen“ aus dem Jahre 2010 und im Jahre 2012 habe ich Ihnen hierzu in einer Halbzeitbilanz der Thüringer Landesregierung in Drucksache 5/4553 Auskunft gegeben. Herr Augsten, es ist nicht ganz richtig, was Sie sagen, dass wir nichts getan hätten. Wir haben uns natürlich an die Kreise und an die kreisfreien Städte gewandt, um auch dort die Umsetzung voranzutreiben. Dass es, wie Sie es jetzt beschreiben, kommunale Selbstverwaltung ist und man trotz vieler Reden und vieler Gespräche in dem Bereich der Gentechnik dann doch auch zum Teil auf Ablehnung stößt, ist sehr ärgerlich. Das will ich deutlich sagen, weil uns das nicht wirklich voranbringt. Aber wir bleiben weiter gemeinsam im Gespräch, im Übrigen auch die beiden Fraktionen, ich will sie zusammen nennen, CDU und SPD, die natürlich auch gerade mit dem Bauernverband in einem aktiven Austausch sind. Auch ich selbst bin das. Wir werden dort zum Glück eine positive Resonanz haben. Ich denke, man kann an der Stelle sagen, dass die

(Ministerin Taubert)

Bauern selbst gemerkt haben, dass es für den Absatz ihrer Produkte in Thüringen und auch als regionale Produkte doch hilfreich ist, wenn man sich sicher sein kann, dass man gentechnikfreien Anbau hat. Und deswegen haben wir als Thüringer Behörden alles Notwendige getan, um einem unbeabsichtigten Anbau von transgenem Mais vorzubeugen. Mit der diesjährigen risikoorientierten Saatgutüberwachung, die im Bundesvergleich auf höchstem Niveau stattfindet, wurde sichergestellt, dass es nicht zur unbeabsichtigten Aussaat von nicht zugelassenem gentechnisch verändertem Mais in Thüringen kommen wird. Die Thüringer Landesregierung will keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Thüringen. In Europa wird derzeit jedoch über die Anbauzulassung der Maislinie 1507 entschieden. Dieser Mais ist sowohl gegen den pflanzenschädigenden Maiszünsler wie auch den Herbizidstoff Glufosinat resistent. Die Europäische Kommission wird noch in diesem Jahr den ihr vorliegenden Antrag auf Zulassung mit großer Wahrscheinlichkeit positiv entscheiden. Die Bundesregierung, das sage ich deutlich, dagegen stelle ich mich auch, hat sich leider wie bereits in der Vergangenheit in der Ratsabstimmung enthalten. Wer die Presse verfolgt hat, weiß, dass wir uns dagegen ausgesprochen haben. Dadurch kam keine qualifizierte Mehrheit zustande und das, obwohl 19 europäische Länder gegen eine Zulassung zum Anbau votiert hatten. Aus meiner Sicht ein kritikwürdiges Verhalten der Bundesregierung, da es doch indirekt über die Kommission zur Zulassung eines weiteren gentechnisch veränderten Maises auch in Thüringen führen wird. Auch wenn eine europäische Zulassung nicht mehr zu verhindern ist, bin ich der Auffassung und kämpfe auch dafür, dass die Mitgliedstaaten und damit auch die Bundesländer ein stärkeres Mitspracherecht beim Anbau erhalten müssen.

(Beifall SPD)

Thüringen wird sich im Europäischen Netzwerk Gentechnikfreier Regionen ebenfalls verstärkt für ein Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen einsetzen.

Meine Damen und Herren, auch wenn der Anbau von Mais der Linie 1507 in Thüringen in diesem Jahr noch nicht zu erwarten ist, da notwendige Sortenprüfungsverfahren ausstehen, halte ich es für dringend geboten, den EU-Mitgliedstaaten und den Ländern, den Bundesländern, bereits jetzt die Möglichkeit einzuräumen, über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf ihrem Hoheitsgebiet oder Teilen davon selbst entscheiden zu können. Ich sehe daher eine große Chance auf der europäischen Ebene für die angestrebten Ergänzungen des bestehenden Zulassungsverfahrens, das Mitte 2010 von der EU-Kommission vorgelegt wurde. Diese Verordnung zur Änderung der Freisetzungsrichtlinie, der sogenannte Opt-Out-Vorschlag, sollte

den Mitgliedstaaten gestatten, in Teilen oder auf der Gesamtfläche ihres jeweiligen Hoheitsgebiets den Anbau zugelassener gentechnisch veränderter Pflanzen auf der Grundlage ihrer spezifischen nationalen Bedingungen einzuschränken und zu verbieten. Unberührt davon bleiben der freie Handel mit dem gentechnisch veränderten Organismus als Saatgut, Lebensmittel und Futtermittel wie auch dessen wissenschaftsbasierte Evaluation im europäischen Zulassungsverfahren. Deutschland hat leider, auch das will ich sagen, diesen Vorschlag blockiert. Erst durch eine Entscheidung des Gerichts der Europäischen Union im September 2013, das verschleppte Verfahren zum Mais 1507 zu beenden, erfuhr die Diskussion um den Opt-Out-Vorschlag erneut eine Belebung und führte zu einem Kompromissvorschlag. Der aktuelle Opt-Out-Vorschlag sieht für die Ausübung der Anbauselbstbestimmung zwei Phasen vor. Die erste Phase umfasst eine Mitteilung des ersuchenden Mitgliedstaates, dass er auf seinem Gebiet keinen Anbau der Transgen-Pflanze wünscht, an der Antragstellung der Zulassung noch während des europäischen Zulassungsverfahrens. Dieser kann dann darüber entscheiden, ob dem Ausschluss stattgegeben und die Region für den Anbau ausgeschlossen wird. Die zweite Phase, die derzeit nur nach Ablehnung der Phase 1 zur Anwendung kommen kann, umfasst die Mitteilung an den Zulassungshalter, die Opt-Out-Klausel auf einen bestimmten gentechnisch veränderten Organismus anzuwenden. Dabei sind die jeweiligen Gründe zu benennen. Die Europäische Kommission hat die Gründe zu prüfen und dem Mitgliedstaat Hinweise zu der Akzeptanz seiner genannten Gründe zu geben. Auch wenn der aktuelle griechische Vorschlag Schwächen aufweist, so eröffnet er den Mitgliedstaaten doch die Möglichkeit, das Selbstbestimmungsrecht über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ausüben zu können, und ist somit im Sinne der Thüringer Landesregierung. Die Thüringer Landesregierung begrüßt grundsätzlich diesen Vorschlag und wird sich darüber hinaus für eine sinnvolle Änderung über den Bundesrat einsetzen. Dazu werden aktuell Anträge in den Bundesratsausschüssen mit Thüringer Beteiligung debattiert.

Insofern, Frau Scheringer-Wright, muss nicht jedes Bundesland einen Antrag stellen. Wichtig ist, dass wir Bundesländer einen schlagkräftigen Antrag stellen, damit dem Bund gegenüber klar wird, dass wir uns alle auf einen Nenner bringen können. Das ist natürlich schwierig. Wir haben Bundesländer, die Hersteller von gentechnisch veränderten Pflanzen in ihren Landesgrenzen haben, und die natürlich eher darauf zu achten haben, als die, die nichts haben. Wir für uns haben gesagt, es gibt den Antragsentwurf von Bayern, dem wir grundsätzlich beitreten könnten. Es wäre aber, wie gesagt, wichtig und deswegen sprechen wir auch intensiv untereinander, dass wir einen einheitlichen Entwurf, für alle

(Ministerin Taubert)

Bundesländer auch zustimmbar, bekommen und bei der Bundesregierung deutlich machen, genauso wie das auch von Herrn Augsten richtig erwähnt und wie es von CSU und SPD in der Bundesregierung auch schon angesprochen wurde. Es ist schon schwierig, wenn man zwei Koalitionspartner mit der Enthaltung drängt.

Meine Damen und Herren, es hat für mich den Anschein, dass sich aktuell die Bundesregierung einer grundsätzlichen Diskussion öffnet. Daher hofft Thüringen, dass es nun zu einer Einigung auf europäischer Ebene kommen kann. Sowohl für regionale als auch für nationale Ausstiegsklauseln bedarf es neuer gesetzlicher Regelungen auf EU-Ebene.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass der formale Weg sehr langwierig ist. Trotz alledem wollen wir beides tun, zum einen, wie ich gerade erwähnt habe, eine Bundesratsinitiative über alle Bundesländer zu vereinbaren, die dem Bund gegenüber noch mal klarmacht, dass wir, und wenn das der kleinste gemeinsame Nenner ist, die regionale Lösung wollen, dass jedes Bundesland einzeln entscheiden kann. Sofern wir den Bund nicht dazu bewegen können, für ganz Deutschland die Entscheidung einheitlich zu treffen, werden wir keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf unseren Feldern haben. Wir werden auf der anderen Seite natürlich auch mit den anderen Bundesländern, die auf unsere Initiative hin ebenfalls in das Netzwerk Gentechnikfreie Regionen gegangen sind, gemeinsam weiterarbeiten und auch an der Stelle drängen und nochmals deutlich machen, dass unsere Bauern mit dieser Strategie hinter uns stehen, weil sie für sich selbst und für ihre regionalen Produkte die Gewähr haben wollen, dass die Verbraucher sie auch in Zukunft abnehmen wollen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, so dass ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde schließen kann.

Ich rufe auf den **zweiten Teil** der Aktuellen Stunde

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Fukushima und Peak Oil - hält Thüringens Klima- und Energiepolitik Kurs?“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7475 -

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat das Wort Abgeordneter Tilo Kummer von der Fraktion DIE

LINKE -, dann beginnen wir mit dem Abgeordneten Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Herr Hellmann trägt vor.)

Es ist getauscht. Der Abgeordnete Hellmann spricht für die Fraktion DIE LINKE?

(Zuruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Genau.)

Gut, danke. Wenn die Mitteilung dann auch noch rechtzeitig hier oben ankommt, bekommen wir das gut hin. Herr Abgeordneter Hellmann, Sie haben das Wort.

(Unruhe DIE LINKE)

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, Fukushima-, Peak-Oil-Anfrage der Grünen. Meine Damen und Herren, wenn Tschernobyl nicht, dann war Fukushima aus meiner Sicht für sehr viele verantwortungsbewusste Politiker auf dieser Welt eine Zäsur. Eine Zäsur, die hieß: Raus aus der Atomenergie. Ich denke, wir müssen über die Gefahren und über das Sicherheitsrisiko der Atomkraft nach diesen beiden markanten Unfällen, die es gegeben hat, nicht bloß reden. Selbst ein Sicherheitsrisiko von eins zu einer Million, diese eine Möglichkeit, ist einfach eine zuviel.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man wissen, um damit zu sagen, wir gehen raus aus dieser Atomenergie.

Zum Peak Oil: Peak Oil heißt im Grunde genommen, wir haben den Förderhöhepunkt fast erreicht. Man denkt, dass es ab 2020 langsam mit dem Öl bergab geht. Gegenwärtig sind alle Hähne auf, die man aufschrauben kann, um das Öl fließen zu lassen. Alle Investitionen, um zu steigern, sind enorm teuer, so dass auch hier Grenzen bestehen. Vor allem zeigt der Peak Oil, wir haben es mit endlichen Ressourcen zu tun. Die fossilen Ressourcen sind endlich und man muss sich fragen, was macht es denn aus, wenn wir uns von diesen fossilen Energieträgern abwenden, selbst wenn ich mal den Politikern das Wort reden will, die der Meinung sind, mit dem Klimawandel, das stimmt alles nicht, was ich allerdings sehr bestreite.

Schließlich und endlich muss ich sagen, es gibt noch einen ganz anderen Grund, nicht nur die Endlichkeit der fossilen Energieträger. Wir können es uns einfach nicht leisten, die vorhandenen fossilen Energieträger durch die Esse zu jagen und in Energie umzuwandeln, weil wir sonst mit Sicherheit die CO₂-Konzentration in unserer Atmosphäre so erhöhen, dass wir wirklich eine Klimakatastrophe provo-

(Abg. Hellmann)

zieren und unsere Lebensgrundlage zerstören. Das sollten wir wissen, das geht einfach nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun kommen wir zum Teil 2: „Hält Thüringens Klima- und Energiepolitik Kurs?“ Ich würde sagen, Herr Wirtschaftsminister, Ja. Das Positive nenne ich zuerst. Es ist sicher unstrittig positiv zu sehen, dass Thüringen die letzten Jahre eine leistungsfähige Solarindustrie aufgebaut hat, bei allen Problemen. Strategisch war das aus meiner Sicht richtig, überhaupt keine Frage.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 2: Wir haben eine leistungsfähige Richtung: Bioenergie. Wir haben viel Bioenergie, die wir erzeugen. Da sind wir vielleicht im Bundesmaßstab sogar führend. Schließlich und letztlich, was auch positiv zu bewerten ist, die Zielstellung, bis 2020 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen, ist einfach ein ambitioniertes und richtiges Ziel, was man nur unterstützen kann. Was mir in diesem Augenblick fehlt, ist die Vorschau: Wie soll es denn künftig sein, wie wird der Endpunkt sein? Ich finde, gegenwärtig sind wir auf einem Schiff, dieses Schiff hat den etwa richtigen Kurs. Aber wo der Hafen ist, das wissen wir noch nicht so ganz genau, zumindest wissen wir nicht genau, wann wir in dem Hafen ankommen. Ich finde, das wäre einfach notwendig. Herr Minister, ich würde Ihnen empfehlen, wirklich konzeptionell dahin gehend vielleicht ein Diskussionspapier erarbeiten zu lassen, wann wir die vollständige Umstellung auf Erneuerbare erreichen - wir haben festgestellt, dass es notwendig wäre -, wann erreichen wir diese Umstellung. Wir Linken sind der Meinung, 2040 ist das machbar. Das Schrittmass, was wir hier für 2020 angeschlossen haben, würde fast ausreichen. Es würde aber bedeuten, wir müssen das so durchziehen, denn es liegt über den Zielstellungen und Vorgaben der Bundesregierung und schon weit über den Vorgaben der EU. Insofern könnte man mit diesem Schrittmass leben. Dieses Konzept müsste alle drei bis fünf Jahre überarbeitet werden, aber es wäre ein sicherer Weg, es wäre einfach eine methodische Lösung, wie wir die Energiewende eventuell gestalten könnten. Ich bedanke mich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Thüringer Landtag, vor

drei Jahren zeigte uns der Reaktorunfall von Fukushima die Risiken der Atomkraft in entsetzlicher Weise auf. 130 km vor der Küste Japans gab es ein Erdbeben und nur 40 Minuten später schlugen 15 Meter hohe Wellen an die nur 6 Meter hohen Schutzwände des AKWs. Was dann passierte, haben wir alle zum Teil gemeinsam hier im Thüringer Landtag erlebt und mit erfahren. Noch heute leben 138.000 Menschen in Notunterkünften und es ist kein Ende der Gefahr in Sicht, denn noch 430.000 Tonnen radioaktiv belastete Abwässer werden auf dem Gebiet des AKWs, direkt am Pazifik, direkt an der Pazifikküste aufbewahrt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Deutschland wurde im Juli 2011, und das ist gut so, sehr schnell der Atomausstieg dann noch einmal wieder besiegelt. Das ist gut so, keine Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber im gleichen Zug begann ein zum Teil offener, zum Teil sehr verdeckter Angriff der schwarz-gelben Bundesregierung auf die Energiewende und das Kernstück, das EEG.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab ungerechtfertigte und viel zu hohe Entlastungen der Industrie. Die haben den Strom teuer gemacht und der Bürger und die Bürgerin müssen es heute bezahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das alles versteht man überhaupt nicht, besonders nicht, wie Peter Altmaier seine Strompreisbremse zu einem Zeitpunkt, wo der Börsenpreis und der Industriestrompreis so niedrig wie nie zuvor in Deutschland waren, artikulieren und argumentieren konnte.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Was ist daran aktuell?)

Das alles macht nur Sinn, wenn man sich anschaut, was Peter Ramsauer am letzten Wochenende gesagt hat. Im „Spiegel“ sagte er ganz klar: „Wer die Preise wieder senken will, muss zurück zur Atomkraft.“, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sagte der ehemalige Bundesminister Peter Ramsauer am letzten Wochenende und niemand widerspricht ihm, meine sehr verehrten Damen und Herren, drei Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima. Ich nenne das Kurzzeitverantwortung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben keine Strategien, in Thüringen nicht und auch auf der Bundesebene nicht, um dem Anstieg der Preise bei den fossilen und der weiteren Verknappung der fossilen Rohstoffe weiter zu widmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Thüringen hat man sich große Ziele gestellt, hat sie aber nicht erreicht. Unser Zubau an Erneuerbaren ist immer noch unter dem Bundesdurchschnitt. Die Steigerung, also die Zuwachsraten sind weiter

(Abg. Adams)

gering. Das ist auch kein Wunder, wenn man sich anschaut, dass beim energiepolitischen Sprecher der CDU noch lange Zeit auf der Internetseite ein Banner blinkte „Die CDU verhindert weitere Windräder.“, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der falsche Weg und wir wollen einen neuen Weg gehen. Aber es geht bei diesem neuen Weg nicht nur um Strom, sondern es geht vor allen Dingen auch um Mineralöle, um Gas. 55 Prozent unseres Gesamtenergieverbrauchs machen diese beiden Bereiche aus und unser Verkehr ist zu 96 Prozent von fossilen Energiequellen abhängig. Der Verkehr ist zu 25 Prozent für den CO₂-Ausstoß verantwortlich und seit 1990 ist dieser Anteil sogar noch steigend, um 30 Prozent ist er gestiegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Vergleich: Die Industrie hat es geschafft - auch wenn es die CDU nicht interessiert -, im gleichen Zeitraum ihre CO₂-Emissionen um 34 Prozent zu senken. Der Weg ist möglich. Wir wollen ihn gehen, wir wollen die einheimische Thüringer Energie starkmachen, wir wollen Thüringer Landwind, wir wollen Thüringer Qualitätssonne und wir wollen Thüringens satte Biomasse mehr nutzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen sie auch nutzen, um Katastrophen zu verhindern, um uns von geopolitischen Machtspielen frei zu machen und Wertschöpfung in Thüringen zu ermöglichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen mehr Linien im ÖPNV, wir brauchen eine bessere Vertaktung, wir brauchen einen guten Radverkehr,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wir brauchen einen Winderlass, wir brauchen ein Ende der Ausnahmeregelung und wir brauchen ein bundesweites Netzentgelt. Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Worm von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Worm, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Adams, nur gleich zur Richtigstellung: Auf meiner Homepage ist kein Banner mit dem Spruch „Die CDU verhindert weitere Windräder.“,

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit, und Technologie: Sondern Ihr baut welche!)

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Nein, auf keinen Fall sind wir für Windräder.)

nein, sondern ein Umfragebutton, wo der User gefragt wird: „Sind Sie für mehr Windräder in Thüringen?“ Das ist ein Unterschied. Ich wollte es nur klarstellen.

Um aber auf das Thema zu kommen: Heute ist es gut drei Jahre her, als eine der schrecklichsten Atomkatastrophen in unserer Geschichte ihren Anfang nahm, ausgelöst durch eines der stärksten Erdbeben unserer jüngsten Geschichte, begleitet durch einen Tsunami, welchem mehr als 15.000 Menschen zum Opfer fielen. Jeder von uns kennt noch die Bilder der gewaltigen Naturkatastrophe in Japan. Fukushima wurde damit zum Sinnbild, welche Auswirkungen ein Kontrollverlust über die Atomenergie mit sich bringen kann. Folge dieser schrecklichen Katastrophe war, dass die Laufzeit deutscher Atomkraftwerke auf 2022 verkürzt wurde. Selbst die Kanzlerin sagte zu den Ereignissen in Japan: „Fukushima hat meine Haltung zur Kernenergie verändert.“ Wir sind nun in Thüringen mittelbar durch den Atomausstieg betroffen. Ich sage mittelbar, weil wir keine Atomkraftwerkstandorte haben, sondern ein Standort für erneuerbare Energien sind. Schon 2011 erfolgte die Bruttostromerzeugung zu 45 Prozent aus erneuerbaren Energien und dies zeigt uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, Thüringen ist auf einem guten Weg, die Energiewende zu meistern. Deswegen plädieren wir auch im Rahmen der Novellierung des EEGs für den Erhalt der Bioenergie bzw. der Förderung der Bioenergie. Wie mein Kollege Egon Primas immer wieder richtig feststellt, ist die Biomasse der entscheidende Bestandteil für eine erfolgreiche Energiewende in Thüringen. Ein weiteres Element ist natürlich auch die Energieeffizienz. Maßnahmen, die wir ergreifen, um den Ressourcenverbrauch zu verringern, bedeuten im Umkehrschluss auch, dass wir in Zukunft weniger Ressourcen im Bereich der erneuerbaren Energien einsetzen müssen. Bei Energieeffizienzmaßnahmen setzen wir auf Technologieoffenheit, Wirtschaftlichkeit und natürlich auch auf das Thema Freiwilligkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade der effiziente Umgang mit Ressourcen führt mich zum zweiten Punkt der Aktuellen Stunde von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Peak Oil - Herausforderung für Thüringen“ so lautet die Überschrift ihrer in Auftrag gegebenen Studie, welche sich mit der Verletzlichkeit Thüringens hinsichtlich möglicher Ölkrisen beschäftigt. Ich sage an der Stelle: Die Endlichkeit des Rohstoffes Öl ist jedem bewusst - ich füge ganz bewusst dazu -, nur der Zeitpunkt nicht. Deswegen ist es auch wichtig, sich mit dieser Thematik zu beschäftigen, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse auch in Europa.

(Abg. Worm)

Thüringen und Deutschland insgesamt sind abhängig von kontinuierlichen Rohstofflieferungen, damit unser Wirtschaftsmotor nicht ins Stottern gerät. Ihre Studie beschäftigt sich unter anderem auch mit dem Mobilitätssektor und dessen Abhängigkeit von Mineralöl. Ich bin der Auffassung, dass sich gerade in diesem Bereich in den letzten Jahren viel bewegt hat. So prognostiziert - und man mag es kaum glauben - der Mineralölverband, dass mit einer Reduzierung des Mineralölverbrauchs im Verkehrssektor von mindestens 30 Prozent bis 2025 zu rechnen ist. Wir bewegen uns im Umgang mit der Ressource Energie in eine Richtung, die durchaus darauf ausgelegt ist, mit einem verknüpften Angebot effizient umzugehen. Das bedeutet, wir brauchen auch in Zukunft immer weniger Ressourcen, um mindestens das gleiche Ergebnis zu erreichen.

Eine kleine Anregung, eine Studie zu den Seltenen Erden, deren Einfluss auf den Erneuerbaren-Energien- und Energieeffizienzsektor auch vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse interessant wäre, denn ohne Seltene Erden, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestaltet sich bekanntermaßen die Produktion von Windkraftanlagen schwierig. Vielen Dank.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Kemmerich von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr geehrter Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Adams, aktuell war die Stunde nicht, höchstens in zwei Feststellungen, erstens, dass Sie wenig wussten und wenig dazu gelernt haben, insbesondere nicht, dass Herr Ramsauer nicht mehr Minister der deutschen Bundesregierung ist.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau!)

Aktuell ist auch, dass die Energiewende nach wie vor schlecht gemanagt ist. Die aktuelle Energiepolitik - bleiben Sie mal ganz ruhig, Ihr Fett kriegen sie schon noch weg - ist dadurch gekennzeichnet, dass unterschiedliche Ziele von unterschiedlichen Ländern, von unterschiedlichen Parteien, von unterschiedlichen Regierungen in Deutschland, außerhalb von Deutschland, in Europa verfolgt werden und dass, wenn viele verschiedene Ziele verfolgen, natürlich sich auch jeder auf dem richtigen Weg wähnt. Aber was kommt heraus? Das kann man in vielen Studien nachlesen, dass wir in Deutschland Wettbewerbsfähigkeit verlieren, dass Arbeitsplätze gefährdet werden, insbesondere durch ihre Forderung nach Abbau der Vergünstigungen bei der EEG-Umlage und dass private Haushalte über die

Maßen belastet sind. Insbesondere fing der Irrweg in der Energiepolitik unter Rot-Grün an. Die Spinnereien von Rot und Grün führten erstens dazu, dass Vereinbarungen mit den Atomkonzernen über den Ausstieg gemacht worden sind, der gleichzeitig der Ausstieg wurde, der den Atomkonzernen damals damit versüßt wurde, dass auf Sicherheitsstandards verzichtet worden ist.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Sie dann aufgehoben haben.)

Das war der Deal von Herrn Trittin. Der nächste Irrweg von Herrn Trittin war das EEG, was in diesen Jahren milliardenstark - und wenn ich sage milliardenstark, meine ich 20 Mrd. und mehr pro Jahr - alle bezahlen müssen, weil der ungehemmte Ausbau der erneuerbaren Energien nicht dazu geführt hat, die Energiewende sinnvoll zu gestalten, sondern nur dazu geführt hat, dass der berühmte Bauer in Bayern zurzeit mit Strompreisen aus Thüringen subventioniert wird. Das ist das, was rot-grüne Politik ausgelöst hat und was Herr Gabriel jetzt scheinbar wieder versucht.

(Unruhe FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall FDP)

Bei diesen Wahrheiten muss man bleiben. Insofern bleibt das Thema aktuell, weil aktuell jeden Monat eine sehr hohe Rechnung hereinkommt, die die Bürger und auch die Unternehmen zu bezahlen haben.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Oder Herr Adams muss seine Rede mal aktuell machen.)

Vielleicht hören wir sie nächstes Jahr wieder, kann auch passieren.

Zum Peak Oil ist viel gesagt worden. Ich bin als kleiner Junge schon 1973 mit dem Fahrrad über die deutsche Autobahn geradelt. Auch da wurde uns schon das Versiegen - mit dem Fahrrad, wohl gemerkt - des Öls angedroht. Bis jetzt ist es ausgeblieben. Das hat auch damit zu tun, dass wir tatsächlich auf dem Wege der Energieeffizienz vorankommen,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und wie hat sich der Preis entwickelt?)

dass die deutschen Automobilhersteller und die weltweiten Automobilhersteller ihre Hausaufgaben machen. Also insofern, wir haben neue Ressourcen erschlossen. Hier machen Sie nur Panik, ohne ein Konzept zu haben,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 30 Prozent mehr Verbrauch.)

(Abg. Kemmerich)

wie wir sinnvoll insbesondere für deutsche Haushalte, insbesondere für deutsche Unternehmen die Energiewende wirklich gestalten wollen.

(Beifall FDP)

Ganz verrückt wird es - das sehen wir später auf der Tagesordnung noch unter Punkt 30 -, wenn Sie fordern, dass wir bei den CO₂-Emissionen in Thüringen besser sind als die europäischen Vorgaben. Das klingt natürlich sehr wohlfeil und mag Ihrem Klientel auch erst mal einleuchtend klingen. Aber wenn wir in Thüringen weniger CO₂ verbrauchen, als die Europäische Gemeinschaft sich das ausgemalt hat, führt das nicht zu einer CO₂-Einsparung. Es führt nur dazu, dass irgendwo auf diesem Kontinent sich jemand darüber freut, dass wir etwas einsparen, was der andere dann preiswert und günstig mehr in den Himmel blasen kann, also ein Muster ohne Wert, Herr Adams. Es überrascht mich nicht.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Durch die egoistische Brille ist das so!)

Herr Höhn, das haben Sie zwar von Ihrem Vorgänger geerbt, aber dieses sogenannte Energieeffizienzgesetz, was aufgelegt wird, was sicherlich heute Abend auch von den Handwerkern noch mal besprochen werden wird, was uns unter Zwang Sanierungsmaßnahmen in Gebäuden auflegen soll, führt in die falsche Richtung. Ich denke, es ist bewiesen, dass sowohl Verbraucher als auch Unternehmen - das ist auch schon gesagt worden - durchaus auf Markttendenzen reagieren, sich darauf einstellen. Das unter Zwang zu versuchen, stellt weder die Handwerkschaft, die angeblich davon ...

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Wo steht das?)

In Ihrem Gesetz.

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Nein.)

Da steht sogar was von Polizei drin, dass wir also überprüfen sollen, ob das jeder durchgesetzt hat. Das sind zumindest die Entwürfe, die ich noch von Ihrem Vorgänger, dem Blauen-Wunder-Hersteller kenne.

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ja, jetzt sind sie nicht mehr drin.)

Mal schauen, was noch alles herauskommt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Jetzt weißt du, was in den Panzerschränken liegt.)

(Unruhe FDP)

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Alles überholt.)

Noch mal ausdrücklich, auch davor müssen wir warnen, gerade in Thüringen: Wenn sich das, was Herr Gabriel vorhat, nämlich sich die Beschneidung der Bioenergie, durchsetzt, lässt das für Thüringen große Schäden in der Struktur erahnen. Die Beseitigung von den Ausnahmen aus den EEG-Umlagen - davor habe ich schon gewarnt - wird immens Arbeitsplätze kosten und die Mähr von einheitlichen Nutzungsentgelten - Herr Adams, die Zeit, die habe ich jetzt leider nicht mehr, das erkläre Ihnen gern dann noch mal auf dem Flur - führt in die Irre und wird die Verbraucher in ganz Deutschland nur noch mehr belasten. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort jetzt Abgeordneter Weber von der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Weber, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich wusste das gar nicht, lieber Henry Worm, dass ein Banner oder eine Umfrage auf der Homepage zum Thema Windräder ist. Es ist vor allem eine hochwissenschaftlich fundierte Fragestellung. Wollen Sie mehr Windräder in Thüringen? Vielleicht sollten wir das mal ergänzen: Wollen Sie ein AKW in Thüringen, wollen Sie ein atomares Endlager in Thüringen, wollen Sie einen Braunkohletagebau in Thüringen oder lieber mehr Windräder?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da bin ich relativ sicher, dass die Abfrage anders ausgeht. Aber Herr Worm hat den Saal verlassen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fracking.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie haben mit dieser Studie einen Titel gewählt, den ich für schwierig halte, nicht deshalb, weil wir uns nicht über Jahre hinweg in der Szene schon über Peak Oil unterhalten. Ich habe selbst eine Veranstaltung hier mit dem Windkraftforum 2009 mit Michael Müller als Redner gemacht, wo wir uns intensiv mit der Frage „Peak Oil“ auseinandergesetzt haben. Allerdings ist das, glaube ich, aktuell nicht mehr die richtige Fragestellung in der Debatte. Die Fragestellung muss nicht nach Peak Oil lauten, sondern sie muss so formuliert werden: Können wir die immer wieder neu aufgefundenen Ressourcen - auch wenn sie endlich sind, da sind wir uns einig - mit verantwortbaren Mitteln fördern und dem Markt zur Verfügung stellen? Das ist eine ganz andere Frage. Wenn Sie immer wieder in der Öffentlichkeit auch mit der Frage konfrontiert werden, die haben hier wieder ein Feld gefunden und dort wieder ein Feld gefunden,

(Abg. Weber)

dann muss man natürlich schon sagen, das Hubert damals irgendwelche Grenzkosten bei der Frage im Kopf hatte, was noch in irgendeiner Form rentabel und finanzierbar ist. Das ist die entscheidende Frage. Schaffen wir es ohne Veränderung unseres Lebensumfelds, unserer Verkehrsinfrastruktur und anderer Dinge, verantwortlich mit den Ressourcen umzugehen und auch mit verantwortbaren Technologien die Ressourcen zu schöpfen? Von daher, glaube ich, ist das klüger.

Rund ein Drittel des Endenergieverbrauchs in Thüringen entfällt auf Öl. Sie haben es gesagt. Wir sind da gut mit der Landesregierung unterwegs, auch vonseiten der SPD-Fraktion mit unserem Entwurf zum Erneuerbaren-Wärmegesetz. Auch hier in diesem Bereich können wir einiges schöpfen. Ich will Ihnen eine Zahl, die das vielleicht ein bisschen deutlich macht, vor Augen führen: Wenn in der Bundesrepublik Deutschland die Heizungsanlagen, die ölbasierten Heizungsanlagen, nur 1 Prozent effektiver laufen würden - ein einziges Prozent, das ist nicht viel -, dann wäre das eine Menge von 1 Mrd. Liter Heizöl pro Jahr. Wenn Sie die in handelsübliche Fässer abfüllen - ich mache das, um ein bisschen deutlicher zu machen, wie viel das ist -, die haben 200 Liter, sind 1 Meter hoch, ungefähr 50 Zentimeter breit, wenn Sie die aneinanderreihen, also Fass an Fass, dann haben Sie eine Strecke von Erfurt bis Madrid, jedes Jahr, hochkant gestellte Fässer. Nur um klarzumachen, über welche Dimensionen wir reden und was auch kleine Beiträge, die immer wieder gern belächelt werden, global gesehen, für Auswirkungen haben können. Ich finde es sehr schade, dass, wie ich herausfinden musste, Ihr Fragebogen von den Unternehmen nicht so wahrgenommen wurde, wie man sich das wünscht. Es gab wohl nicht so viele Antworten oder sogar keine. Das ist schade.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Als wir Sie direkt gefragt haben, haben Sie ja auch beantwortet.)

Das ist ja auch gut, wenn sich die Unternehmen beteiligen. Es wäre natürlich schöner gewesen, man hätte ein besseres und ein empirisch belegbareres Bild gehabt. Ich glaube, dass wir mit den Initiativen des Thüringer Wirtschaftsministeriums auf dem richtigen Weg sind, in der Frage der Elektromobilität, in der Frage unseres Fraktionsentwurfs zum Erneuerbaren-Wärmegesetz, in der ThEGA, mit den Beratungsprogrammen für Kommunen, mit vielen, vielen Initiativen, die wir immer wieder hier im Haus diskutiert haben. Vor allem freue ich mich darüber, dass Sie mit Ihrer Studie noch mal die gute Wirtschaftspolitik und Energiepolitik in Thüringen flankiert haben. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Vonseiten der Abgeordneten liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Für die Landesregierung hat Minister Höhn um das Wort gebeten. Bitte.

Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich muss zugeben, die Debatte entbehrt nicht eines gewissen Unterhaltungswertes. Das hätte ich bei diesem Thema gar nicht vermutet, aber sei es drum. Alle meine Vorredner, bis auf einen, Herrn Kemmerich, haben auf ein eher unerfreuliches Ereignis abgestellt, nämlich auf die Katastrophe von Fukushima. Es ist tatsächlich durchaus angebracht, die Frage zu stellen, was kommt danach bzw. was tun wir. Dass wir den Atomausstieg wollen, meine Damen und Herren, und ihn - ehrlich gesagt - auch längst haben - weitgehend haben, ich sage gleich etwas dazu, Frau Kollegin -, das ist zumindest weitgehend gesellschaftlicher Konsens. Derzeit sind 8 von 17 deutschen Atomkraftwerken abgeschaltet; das nächste wird zum Jahresende abgeschaltet. Da bin ich sehr nah beim Kollegen Hellmann. Im Übrigen ist mir beim Inhalt seiner Rede aufgefallen, dass ich meine Rede vielleicht gar nicht mehr halten müsste. Wir sind uns in wesentlichen Punkten sogar einig. Woran das liegt, vermag ich jetzt nicht festzustellen. Ich nehme es erst mal positiv zur Kenntnis, Herr Kollege. Sie haben festgestellt, dass die fossilen Brennstoffe - und zwar alle, nicht nur das Öl - endlich sind und irgendwann aufgebraucht sind. Es gibt zwar sehr hartgesottene Klimaskeptiker, aber selbst diese können nicht leugnen, dass das so ist. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn wir jedes Mal eine Aktuelle Stunde beantragen würden, wenn wir eine Studie fertig haben, zumindest was das Thüringer Wirtschaftsministerium beträfe, müssten wir uns wahrscheinlich wöchentlich hier in diesem Kreis treffen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da hätten wir eine Regierungserklärung fordern müssen.)

Aber insofern will ich das nur als Vorbemerkung äußern. Sie hatten das als Antrag auf die Tagesordnung gesetzt, das ist in Ordnung,

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was soll dann das Gemeckere?)

das zusätzlich noch einmal als Aktuelle Stunde - nun gut, es ist Ihnen unbenommen. Nun will ich auch die Gelegenheit nutzen, Sie an dieser Stelle über den Stand der Umsetzung zum Beispiel der

(Minister Höhn)

Energiewende in Thüringen zu unterrichten. Ich bin der Auffassung, darüber kann man nicht genug reden und nicht genug berichten.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann fangen Sie mit Verkehr mal an, ich bin gespannt.)

Das Thema Peak Oil zeigt uns sehr genau, meine Damen und Herren, dass wir in Thüringen mit unserem eingeschlagenen Weg, über die Erneuerbaren die Energiewende zu schaffen, genau auf dem richtigen Weg sind. Es ist in der Tat eine Herausforderung, es ist aber auch eine Chance für unser Land. Wie Sie schon in Ihrer Studie festgestellt haben, ist Thüringen in der Tat kein OPEC-Land, also kein Erdöl förderndes Land, völlig richtig. Deswegen wundert es mich persönlich jedenfalls nicht, dass im Landesentwicklungsprogramm das Erdöl als nicht zu ersetzender Fossilträger nicht auftaucht, mich wundert das nicht. Wir fördern kein Erdöl, es wurde irgendwann versucht, aber wir fördern keins. Aber dennoch verbrauchen wir es, und zwar momentan zugegebenermaßen nicht zu knapp. Das ist völlig klar. Wenn man den Bundestrend betrachtet, ist er rückläufig. Wenn wir uns das anschauen, ich könnte das aus eigenem Erleben schildern, hatten wir zwischen 1990 und 1995 einen rasanten Anstieg. Der Verbrauch ist - das ist nicht verwunderlich, in DDR-Zeiten war Erdölverbrauch im privaten Sektor so gut wie ausgeschlossen oder er war ausgeschlossen, kann man sagen -, in dieser Zeit um rund 87 Prozent gestiegen, um seit 1995, zwar langsam, aber dennoch kontinuierlich, wieder zurückzugehen. Deshalb wäre im Falle einer in Ihrer Studie beschriebenen Ölkrise - das ist zwar jetzt an dieser Stelle nicht Optimismus pur - Thüringen nicht stärker, sondern eher schwächer von einer solchen Krise als andere Bundesländer betroffen. Was passiert jetzt, mal von den weitreichenden Folgen abgesehen? Unmittelbar hängen wir natürlich am sogenannten Erdölbevorratungsverband. Somit ist kurzfristig die Versorgung in einem solchen Krisenfall zunächst einmal gesichert. Es gibt auch in Thüringen Notreserven als Tanklager.

Viel wichtiger ist aber, meine Damen und Herren, dass wir uns mit dieser Frage in Thüringen eigentlich gar nicht erst beschäftigen müssen. Seit Jahren, und da komme ich zum Thema, verfolgen wir mit der Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Reform in Thüringen das Ziel, die Abhängigkeit vom Erdöl und allen

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auch im Verkehr?)

fossilen Energiereserven zu verringern - wenn weniger Verkehr ist, verbrauchen wir auch weniger fossile Energiereserven, Herr Kollege - und regionalwirtschaftliche Strukturen zu stärken. Der Begriff ist Ihnen, glaube ich, auch geläufig. Jedenfalls dürfte Ihnen geläufig sein, dass wir Thüringen als grü-

nen Motor stärken wollen und dafür sorgen, dass die Energiekosten für die Verbraucher, aber auch für die Industrie, stabil bleiben und möglichst sinken, jedenfalls nicht stärker steigen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der Stromerzeugung aus den Erneuerbaren Kennziffern. Innerhalb der letzten Jahre von 2006 bis 2012 hat sich die Stromerzeugung aus Erneuerbaren in Thüringen um mehr als die Hälfte erhöht. Ich kann Ihnen die Zahlen in etwa genau sagen: von 1.770 Gigawattstunden 2006 auf in etwa 3.770 Gigawattstunden in 2012. Dass es mittlerweile zahlreiche Initiativen vonseiten der Landesregierung, speziell auch vom Thüringer Wirtschaftsministerium, im Bereich der erneuerbaren Energien gibt, das dürfte durchaus bekannt werden. Wir fördern nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren in Thüringen, wir fördern zum Beispiel auch mit der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur die Forschung im Bereich der grünen Technologie. Gleichzeitig fördern wir Energie- und Wärmeeinsparung und Effizienzsteigerung. Ausweis dafür ist die Thüringer Energieeffizienzoffensive, auch unter dem Kürzel ThEO bekannt. Sie unterstützt mittelständische Unternehmen bei der Energieeinsparung und Kostensenkung. Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende ist natürlich auch der Aufbau der notwendigen Infrastrukturen bei Energieerzeugung, aber - und das merken wir immer stärker - auch bei den Speicherkapazitäten. Es ist bekannt, dass in den letzten Jahren in Thüringen auf Initiative meines Vorgängers ein Pumpspeicherkataster entstanden ist, das in der Form so ziemlich einmalig angelegt ist, mit dem potenzielle Standorte für solche Speicherkraftwerke in Thüringen zunächst einmal lokalisiert wurden. Derzeit werden drei Projekte zur Errichtung von solchen Speichern begleitet. Ich sage auch an dieser Stelle, dass wir das Thema Geothermie weiterhin im Blick haben.

In Bezug auf das Thema Peak Oil, meine Damen und Herren, ist auch ganz klar, das wurde schon von meinem Kollegen Weber angesprochen, ich will an der Stelle auch dem Kollegen Kemmerich ganz dezidiert widersprechen, wenn es darum geht - und das ist an sich der wichtigste Bereich, nämlich im Bereich des Wärmeverbrauchs, letztendlich auch des Benzinverbrauchs. Im Bereich der Wärme: Mehr als die Hälfte der verbrauchten Energie wird für Wärmeerzeugung benötigt. An dieser Stelle initiativ zu werden, liebe Kollegen von der FDP, ist, glaube ich, zunächst einmal vom Ansatz her - jedenfalls lasse ich da keine Zweifel zu - der richtige Weg. Inwieweit wir im Detail dazu kommen, diese Wärmeeffizienzziele zu erreichen - da bin ich gern zu Diskussionen bereit. Die von Ihnen angesprochenen Zwangsmaßnahmen sind in meinem Haus längst kein Thema mehr, das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz ist es aber sehr wohl. Wir werden es brauchen. Das haben mir in vielen Zuschrif-

(Minister Höhn)

ten die verschiedensten Fachverbände und Interessengruppen auch mitgeteilt. Über den Weg werden wir nach wie vor in der Diskussion sein. Ich habe allerdings leider - da sage ich wirklich leider - nicht mehr die Hoffnung, dass das in dieser Legislatur gelingen möge. Zwangsmaßnahmen jedenfalls sind nicht der Weg, den ich persönlich für den richtigen halte. Aber, wie gesagt, das Ziel an sich bleibt.

Ich habe es gesagt, die Wärme ist an sich der Ausgabeposten für die Thüringer Privathaushalte, der am meisten in den Geldbeutel schlägt. Wir würden dieses Gesetz gern auf den Weg bringen. Wir unterstützen aber auch den Ausbau und die Forschung im Bereich der Elektromobilität. Dazu haben wir das gemeinsam mit den Kollegen vom Ministerium für Bau, Landesplanung, Verkehr initiierte Thüringer Innovationszentrum Mobilität, auch bekannt unter dem Kürzel ThIMo, ins Leben gerufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles zeigt, dass der Freistaat mit ziemlich großen Schritten in Richtung Unabhängigkeit - ich sage jetzt mal - von fossilen Brennstoffen geht. Unabhängigkeit im Bereich der Erneuerbaren haben wir noch längst nicht erreicht. Bei allen erfolgreichen Initiativen sind wir natürlich auch abhängig von Rahmenbedingungen, die der Bund, aber auch die europäische Ebene, uns vorgeben. Auch da muss ich Ihnen widersprechen, Herr Kemmerich, dass EEG ist nach wie vor, jedenfalls für mich und für uns, ein Beispiel dafür, wie ein solches Gesetz dafür sorgen kann, dass Technologien regelrechte Innovationsschübe vollzogen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb halten wir es nach wie vor für ein gutes und vor allen Dingen für ein effektives Instrument. Es muss nicht abgeschafft werden. Es muss zukunftsfähig gemacht werden. Da sind wir, glaube ich, mit den Initiativen, die der Bundeswirtschaftsminister hier auf den Weg gebracht hat, auf dem richtigen Weg. Der Teufel steckt natürlich auch hier immer im Detail, das ist ganz klar. Ich will auch gar nicht in Abrede stellen, dass es dort an der Stelle auch Diskussionsbedarf gibt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle festhalten: Wir sind in Thüringen energiepolitisch für die nächsten Jahre gut aufgestellt.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: 23 Mrd. im Jahr.)

Wir wollen, das ist zunächst einmal für die Bundesebene ein Ziel, einen Erneuerbare-Energien-Anteil am Nettostromverbrauch bis 2025 zwischen 20 und 45 Prozent haben. Thüringen hat das ehrgeizige Ziel von 45 Prozent ausgerufen. Daraus resultierend, wenn man den Blick mal deutlich in die Zukunft fokussiert, wäre 2050 ein Erneuerbare-Energien-Anteil in Thüringen zwar nicht von 100 Prozent, wie Sie sich das wünschen, Herr Kollege

Adams, aber nach Berechnungen immerhin von mindestens 80 Prozent folgerichtig. Deshalb will ich auch den Optimismus, den Kollege Hellmann an dieser Stelle offeriert hat, an dieser Stelle ein klein wenig dämpfen. Aber ich denke, mit einem 80-prozentigen Erneuerbare-Energien-Anteil sind wir gut unterwegs. Spätestens dann wird das Thema Peak Oil, so hoffe ich jedenfalls, nicht mehr die große Rolle spielen, wie es derzeit durchaus berechtigt noch geschieht.

Darum muss es gehen, meine Damen und Herren, wir sollten keine Ängste schüren und vielleicht noch darüber philosophieren, wie verletzlich der Freistaat oder die Bundesrepublik an dieser Stelle sind. Wir brauchen konkrete Alternativen, konkrete Maßnahmen, um diese Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen mir nicht vor, so kann ich den zweiten Teil der Aktuellen Stunde schließen.

Ich rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Kürzung der Frist zur Beantragung der Entschädigung von DDR-Heimkindern - Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/7485 -

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat das Wort Abgeordneter Barth von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, in unserem Grundgesetz heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Die Würde des Menschen ist auch unteilbar und sie ist insbesondere auch unbefristet. Das gilt auch und vielleicht sogar in besonderem Maße für die Menschen, die in der DDR von Repressalien der SED und Stasi betroffen waren, auch für Kinder und Jugendliche, die in DDR-Kinderheimen unter teils menschenunwürdigen Umständen aufwachsen mussten. Ich finde es deshalb richtig, dass diese Menschen heute für ihren Leidensweg entschädigt werden.

(Beifall FDP)

Kein Geld der Welt kann erlittenes Unrecht ungeschehen machen. Aber diese symbolische Geste

(Abg. Barth)

der Anerkennung, die diese Entschädigung darstellt, ist auch ein Zeichen, dass und insbesondere wie wir heute die Vorgänge und Ereignisse von damals einschätzen und bewerten. Aus dem Grunde muss ich sagen, finde ich es eine Verhöhnung der Opfer, wenn sich die Thüringer Sozialministerin Frau Taubert hinstellt und einerseits verkündet, alle Zahlungen sind gesichert, der Fonds wurde aufgestockt, die Summe wurde erhöht, weil es so viele Anträge gibt, und auf der anderen Seite im gleichen Atemzug die Antragsfrist auf den 30. September 2014 vorverlegt wird.

(Beifall FDP)

Frau Taubert braucht sich da auch gar nicht hinter ihren Ministerkollegen, die das gemeinsam beschlossen haben, zu verstecken. Sie war es, die diese Fristverkürzung gefordert hat. Das kann man bei MDR-Info nachhören. Jetzt haben wir die Situation, dass viele Opfer nach wie vor davon ausgehen, dass sie noch zwei Jahre Zeit haben, um ihre Ansprüche geltend zu machen, was aber falsch ist. In Wahrheit haben sie nur noch sechs Monate. Wer sich danach meldet, geht leer aus. Das Schlimmste ist, dass es auf der Homepage des Ministeriums noch nicht mal einen Hinweis darauf gibt, dass die Frist verkürzt worden ist.

(Zwischenruf Abg. Hitzing, FDP: Hört, hört.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass viele Opfer diese Zeit brauchen, mehr Zeit brauchen, um sich durchzuringen, einen Entschädigungsantrag zu stellen. So ein Entschädigungsantrag ist etwas anderes als ein Antrag auf Wohngeld oder so etwas. Wenn man so einen Antrag stellt, werden alte Wunden aufgerissen. Das ist für viele ein Kraftakt, sich mit den Ereignissen von damals wieder auseinanderzusetzen, sich zu öffnen, sich auch zu trauen und auch mit staatlichen Behörden letztlich über diese teils dramatischen Erfahrungen zu sprechen.

(Beifall FDP)

Ich sage ganz klar, meine Damen und Herren, diese Menschen sind ihr Leben lang traumatisiert, nicht nur bis zum 30. September dieses Jahres. Der Vorstoß von Frau Taubert - und das ist die Bewertung, die sich anschließen muss -, diese Antragsfrist zu verkürzen, ist deshalb in meinen, in unseren Augen, nichts anderes als ein Gefälligkeitsdienst gegenüber dem zukünftigen Koalitionspartner, den Linken. Frau Taubert missbraucht

(Beifall FDP)

ihr Ministeramt, um Rot-Rot in Thüringen vorzubereiten.

(Zwischenruf Dr. Schubert, Staatssekretär:
So ein Unsinn.)

Auf dem Rücken der Opfer

(Unruhe DIE LINKE, SPD)

wird ein roter Teppich für eine Koalition mit den Kindern und den Enkeln der Täter ausgerollt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Dass Sie darüber auch noch lachen können, zeigt, dass Sie nichts gelernt haben.

(Beifall FDP)

Im Monat der Landtagswahl, meine Damen und Herren,

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Jetzt wird es aber altern.)

in der Frau Taubert mit Herrn Ramelow Koalitionsverhandlungen führen will, soll die Frist für die Anträge der Heimkinder von damals enden. Das finde ich schon ein wirklich besonders starkes Stück.

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Da muss man erstmal drauf kommen.)

Ein ganz anderer Sachverhalt, aber der passt natürlich ins Bild: Kommentarlos nehmen Frau Taubert und weitgehend kommentarlos auch Herr Matschie hin, dass Herr Kollege Ramelow sich schützend vor eine Lehrerin aus Suhl stellt, die im Unterricht als Pionierleiterin in FDJ-Bluse und mit rotem Halstuch,

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das war nicht im Unterricht.)

im Unterricht und in der Schule als Pionierleiterin in FDJ-Bluse und mit rotem Halstuch auf dem Schulhof zum Appell aufruft und mit FDJ-Hemd und rotem Halstuch posiert.

(Zwischenruf Prof. Dr. Merten, Staatssekretär: Das stimmt nicht!)

In der Schule, doch das stimmt. Dass Herr Ramelow diese Frau in Schutz nimmt, kann ich verstehen. Sie kommt aus seinem Stall. Sie war jahrelang für die Linke im Suhler Stadtrat Mitglied. Der Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen hat die Verteidigungsstrategie von Kollegen Ramelow übrigens zunichte gemacht. Er hat ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen, dass in den letzten 15 Jahren keine Klasse aus dem Suhler Herder-Gymnasium oder den Vorgänger-Schulen in Hohenschönhausen zu Gast gewesen ist.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Das ist gelogen, das ist gelogen.)

Stellen wir uns einen Moment vor, eine Lehrerin aus Thüringen wäre in der Kluft der Hitlerjugend oder des Bundes deutscher Mädel aufgetreten. Wie groß wäre dann der

(Abg. Barth)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

berechtigte Aufschrei gewesen, gerade auch von den Linken, von denen, die das jetzt bagatellisieren und herunterspielen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Frau Taubert will Rot-Rot. Das müssen Sie, Frau Taubert, als Spitzenkandidatin den Wählern der SPD erklären.

(Unruhe DIE LINKE)

Als Sozialministerin aber sind Sie Repräsentantin ...

Vizepräsident Gentzel:

Herr Abgeordneter, die Redezeit.

Abgeordneter Barth, FDP:

... des Staates und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie tragen in dieser Funktion eine

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Die Redezeit ist um.)

besondere Verantwortung gegenüber den Opfern von Diktatur und Gewalt.

Vizepräsident Gentzel:

Herr Abgeordneter, immer noch die Redezeit.

Abgeordneter Barth, FDP:

Dem, Frau Ministerin, werden Sie in dieser Funktion nicht gerecht. Das muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden. Vielen Dank für Ihr Verständnis, Herr Präsident.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Dr. Schubert, Staatssekretär:
Das ist doch wirklich voll daneben. So ein Unsinn.)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Bärwolff von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, man weiß gar nicht, was man dazu sagen soll. Das war jetzt ein bunter Reigen. Man hat ein bisschen den Eindruck, Herr Barth ist noch so ganz im Kalten Krieg verhaftet. Ich glaube, das, worum es eigentlich geht, ist die Frage der Entschädigung von DDR-Heimkindern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, worum es eigentlich geht, ist die Frage der Rehabilitation und natürlich kann man auch kritisch hinterfragen, dass die Frist von 2016 und 2017 jetzt auf den 30. September 2014 vorgezogen wird, Herr Barth. Das kann man durchaus alles kritisch betrachten. Aber seien Sie versichert, die Sozialministerin hat weder beim Landesvorstand unserer Partei noch in der Fraktion DIE LINKE vorgeprochen. Das hat auch nicht im Rahmen von Koalitionsgesprächen stattgefunden. Selbst wenn, würde eine rot-rot-grüne Koalition mit Sicherheit nicht an der Frage der Rehabilitation von Opfern der DDR-Regierung scheitern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, da sind wir alle schon ein bisschen weiter. Ich habe den Eindruck, dass Sie da nicht so sehr weit sind. Vielleicht werfen Sie uns jetzt gleich vor, dass ich heute ein blaues Halstuch trage?

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe ein bisschen den Eindruck, Sie suchten nur irgendetwas, wo Sie ein wenig Stunk machen konnten. Es war auch nicht sonderlich sachlich. 40 Jahre DDR mit all den Schwierigkeiten, mit 12 Jahren NS-Regime und dem Holocaust zu vergleichen, halte ich für sehr, sehr unangebracht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat auch mit dem Thema, worum es eigentlich geht, nämlich den Missständen, nicht nur in der ehemaligen DDR, sondern auch in Westdeutschland, in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nichts zu tun.

(Beifall DIE LINKE)

Deshalb versuche ich eher auf diesen Aspekt einzugehen. Zwischen 1949 und 1990 waren etwa 400.000 Kinder in Heimen und Spezialeinrichtungen der Kinder- und Jugendpflege in der DDR untergebracht. In der Tat mussten eine ganze Reihe von Menschen Dinge erleben, die unter heutigen und auch unter damaligen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen und zu tolerieren waren. Dafür gibt es die Entschädigungsleistungen und auch die entsprechenden Gesetze. Dass der Fonds, der bisher 40 Mio. umfasst hat, Thüringen hat da 3,2 Mio. € schon eingespeist, bislang schon aufgebraucht ist und man nachschießt, zeigt zum einen, dass die Betroffenen durchaus ein Interesse daran haben, zeigt aber auch, dass die Aktivitäten der Landesregierung und auch der Thüringer Landesbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit mit ihrem mobilen Beratungsteam durchaus fruchtend sind. Das Referat 34 in Ihrem Haus hat sowohl im Landesjugendhilfeausschuss als auch im Sozialausschuss auch relativ häufig zu diesen Themen berichtet. Sie, Herr Barth, waren da nicht da-

(Abg. Bärwolff)

bei und ich habe auch nicht wahrgenommen, dass die FDP-Fraktion im Sozialausschuss diesbezüglich agiert hätte. Der Umstand, dass wir jetzt von 40 Mio. auf 200 Mio. die Summen aufstocken, zeigt, dass Menschen das auch annehmen.

Dass die Frist nach vorn gezogen, verkürzt wird, das kann man in der Tat kritisch sehen, das kann man durchaus auch infrage stellen. Fakt ist, es gibt einen langjährigen Beratungsbedarf durch die Betroffenen. Es ist schwierig, dass sich Menschen erst mal auf die Situation einlassen, dass sie sich darauf einlassen, sich zu öffnen. Das ist völlig richtig. Wir als Linke unterstützen natürlich weiterhin die Forderung, dass Rehabilitation und Wiedergutmachung im Vordergrund stehen und dass es niedrigschwellige Angebote für Opfer der DDR-Heimerziehung geben muss. Daran führt kein Weg vorbei. Ansonsten würde ich Sie durchaus bitten, ein wenig mehr Sachlichkeit walten zu lassen. Wenn Sie damit Wahlkampf machen wollen, machen Sie das, aber bitte nicht auf dem Rücken derjenigen, die Unrecht erlitten haben und die heute um Rehabilitation und Anerkennung kämpfen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Gumprecht von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, für viele Kinder und Jugendliche in DDR-Heimen waren Zwang, Druck, Drill, aber auch Gewalt leider eine Erfahrung, die immer wieder vorkam. Den Betroffenen wurden schulische und berufliche Bildungsmöglichkeiten beschnitten oder ganz verweigert. Entwicklungspotenziale wurden massiv beeinträchtigt und damit auch Lebenschancen genommen. Für zahlreiche dieser Menschen wirken die Erlebnisse in den Heimen bis heute traumatisch nach. Um den Betroffenen bei der Bewältigung der Folgen der DDR-Heimerziehung zu helfen, wurde vor zwei Jahren der Fonds „Heimerziehung in der DDR“ aufgelegt. Der Fonds gleicht besondere Hilfebedarfe aufgrund von Schädigungen durch die Heimerziehung aus und er leistet für geminderte Rentenansprüche, wenn diese auf den Heimaufenthalt zurückzuführen sind, Ersatz. Vor allem sorgt der Fonds dafür, dass den Betroffenen nach langen Jahren erstmals das Gefühl der gesellschaftlichen Anerkennung und Beachtung ihres Leides zukommt und diese erfahren wird.

Meine Damen und Herren, wir sind es den Opfern der Heimunterbringung schuldig, uns um ihre Folgeschäden zu kümmern. Die Botschaft ist: Wir lassen die ehemaligen Heimkinder mit ihrem Schicksal

nicht allein. Im Februar dieses Jahres haben sich der Bund und die ostdeutschen Länder auf eine Aufstockung um den fünffachen Betrag verständigt. Diese Aufstockung um 40 Mio. wurde nötig, da sich die Inanspruchnahme in einem Tempo und Ausmaß entwickelt hat, das sich vorher nicht abzeichnete. Ich denke, dass das Ausdruck dessen ist, in welchem Tempo nachgefragt wurde und auch jetzt die Nachfrage weiterhin folgen wird. Zugleich, das ist richtig, wurde auch der 30. September als Stichtag festgelegt, bis zu dem Ansprüche auf Leistung aus dem Fonds angemeldet werden müssen. Diese Frist, das muss man auch sagen, gibt den Ländern Planungssicherheit. Die Frist hat nicht das Ziel, einzelne zu benachteiligen. Trotz, denn das zeigt sich auch an den Kriterien, der unerwartet starken Inanspruchnahme des Fonds gibt es keine Einschränkungen bei den Leistungen, es gibt keine Erschwerung des Zugangs und es gibt auch keine Verschärfung der Kriterien. Damit bleibt es bei einer Gleichbehandlung zwischen den alten und den neuen Antragstellern.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe muss es nun sein, alle Betroffenen zu informieren, dass sie noch bis Ende September 2014 ihren Anspruch auf Anerkennungsleistung anmelden können. Dabei reicht zunächst ein förmliches Schreiben. Das ist der Internetseite des Fonds zu entnehmen. Der eigentliche Antrag kann später konkret gestellt werden. Es sind, meine Damen und Herren, wir alle gefragt, diese Botschaft ins Land zu tragen, zu den Vereinen, die denjenigen helfen, zu den Kirchen und Organisationen vor Ort. Damit, denke ich auch, kann den Betroffenen geholfen werden. Ich möchte noch eins sagen: Ich bin dem Antragsteller für den Fakt des Antrags dankbar, dass wir damit die Möglichkeit haben, auf diesen Termin hier deutlich hinzuweisen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Gumprecht, den letzten Satz habe ich nicht so richtig verstanden. Auf den Fakt hinweisen, kann man auch im Ausschuss, wir haben uns damit auch auseinandergesetzt.

(Zuruf Abg. Gumprecht, CDU: Der ist aber nicht öffentlich.)

Genau, an der Öffentlichkeit von Ausschüssen hängt es bei Ihnen und nicht bei uns.

(Abg. Siegesmund)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Öffentlichkeit von Ausschüssen schon mehrmals eingefordert. Ob jetzt diese Vorfürstunde hier nötig ist, weiß ich nicht. Ich will gern darauf eingehen. Wir sehen an der Stelle inhaltlich auch Bedenken. Es geht um ein dunkles, um ein weiteres dunkles Kapitel der DDR-Geschichte, wo für viele Kinder drakonische Erziehungsmaßnahmen in den 190 Heimen in Thüringen auf der Tagesordnung standen. Wir reden auch über acht Jugendwerkhöfe und wir reden über zum Teil menschenverachtende Bedingungen, die Strafanstalten gleich kamen. Das ist kein Thema,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

meine sehr geehrten Damen und Herren, was unter der Überschrift „Wahlkampf“ auf dem Rücken der Opfer ausgetragen werden darf, wie Herr Barth das gerade gemacht hat. Ich fand diese Art und Weise sehr daneben. Wenn man weiß, dass es in diesen Heimen, in diesem dunklen Kapitel der DDR-Geschichte, nicht selten Prügel, Drangsalierungen und diverse Misshandlungen gab, dass das für viele bedeutete, dass sie danach kein normales Leben führen konnten, dann ist das eine überaus sensible Debatte, die man auch sensibel führen sollte. Ehemaligen DDR-Heimkindern wird Hilfe und Unterstützung noch heute bei den Folgeschäden, die dieser ganze psychische und physische Druck verursacht hat, gegeben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Das ist auch richtig so.)

Es gibt Ersatzleistungen, wie Rentenansprüche bis hin zu einem ergänzenden Hilfesystem für bestehende sozialrechtliche Fragen. Nichtsdestotrotz ist dieser Fonds in zweierlei Hinsicht immer etwas Besonderes gewesen. Zum einen ging es um die Würdigung des besonderen Schicksals der Opfer, zum anderen ging es auch um die Frage, das Unrecht an dieser Stelle aufzuarbeiten, wenn es auch um Beratung, um Therapieleistung und um individuelle Ausgleichs für soziale Notlagen geht. Der Stand, tatsächlich neu, war im Februar 2014, dass sich Ostländer und Bund auf die Aufstockung des Fonds auf 200 Mio. € einigten. Thüringen hat dafür auch im aktuellen Haushalt 880.000 € eingestellt. Wer Geld aus dem Fonds möchte, muss dies in der Tat bis zum 30. September 2014 anmelden. Das ist ein Problem, das ist richtig, darüber muss man auch diskutieren. Die Frage ist aber, inwieweit hier tatsächlich der richtige Raum dafür ist. Ich bin gespannt, ob die Ministerin antwortet. Ich finde, dass man nicht nur über diese Frist des 30. September diskutieren muss, sondern auch über die Höhe. Dass der Hilfsfonds für Heimkinder aufgestockt werden muss, das war ein zäher Prozess. Eigentlich kam diese Aufstockung auch viel zu spät. Wir waren an einem Punkt, an dem sich ganz offensichtlich die Anträge gestapelt haben und die Bera-

tungsstellen nicht richtig ausgestattet waren. Wenn man diese Anträge, die sich gestapelt haben, zusammen summiert, war das Geld quasi schon mindestens einmal, wenn nicht sogar doppelt ausgegeben. Das heißt, hier hat Politik viel zu zeitverzögert reagiert. Deswegen sagen auch wir als Grüne ganz klar, dass die Heimkinderentschädigung jeder und jede Betroffene erhalten muss, unabhängig davon, wann er oder sie sich als Betroffene gemeldet hat. Diese vorfristige Meldefrist schließt manche aus. Da gibt es Nachbesserungsbedarf. Es darf um Himmels willen nicht der Eindruck entstehen - ich hoffe, dass die Ministerin den gleich ausräumt -, dass die Landesregierung hier versucht, Geld zu sparen und dieses Kapitel zeitnah zu schließen. Das kann nicht Sinn und Zweck dieser Frist sein, die offensichtlich eine Idee ist, die aus Thüringen kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind weiterhin der festen Überzeugung, dass man dieses Thema immer auch mit der Frage des Fonds in den alten Ländern zusammen diskutieren muss. Es gibt eine Verteilungsfrage, die an der Stelle immer offen ist und die deutlich macht, dass es eine erste und zweite Klasse an dieser Stelle gibt. Darüber lohnt es sich, auch noch einmal zu diskutieren. Das sind aber alles qualitative Fragen, wo ich der festen Überzeugung bin, dass die im Ausschuss gut aufgehoben sind und dass man die tatsächlich auch mit der nötigen Sensibilität angehen sollte. Vielen Dank.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat jetzt Abgeordneter David-Christian Eckardt von der Fraktion der SPD.

Abgeordneter Eckardt, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Fonds soll helfen, ehemaligen Heimkindern der DDR für das erlittene Unrecht wenigstens zu einem Teil zu entschädigen, soweit es denn überhaupt möglich ist, psychisches und körperliches Unrecht durch Geld oder Sachleistungen zu mindern. Die Gewalt, die willkürlichen Bestrafungen und der psychische Druck, der auf die Opfer ausgeübt wurde, kann auch durch die Leistungen des Fonds nicht ungeschehen gemacht werden. Er aber ist eine Anerkennung des Leides, welches erlitten wurde, und er ist Teil eines Unterstützungssystems für die ehemaligen Heimkinder der DDR.

Zunächst waren durch die Länder und den Bund 40 Mio. € für den Fonds eingespeist worden. Bis zu Beginn des Jahres waren bereits 3.500 Anträge genehmigt worden und weitere 10.000 werden noch bearbeitet. So sind die 40 Mio. € bereits aufgebraucht. Der Fonds muss realistischen Schätzungen zufolge auf 200 Mio. € aufgestockt werden. Die Zahl der Anträge verdeutlicht, dass das Antragsver-

(Abg. Eckardt)

fahren offensichtlich funktioniert. Als sich abzeichnete, dass die Mittel des Fonds nicht ausreichen würden, hat es zwischen den neuen Ländern und Vertretern des Bundes Gespräche gegeben, um eine Lösung zu finden. Diese ist zwar noch nicht durch die Ministerpräsidenten der neuen Länder und der Ministerpräsidentin Thüringens verabschiedet worden, aber dies wird hoffentlich bald geschehen. Wir haben keinen Grund zu der Annahme, dass die Lösung nicht wie skizziert kommen wird.

Besonders wichtig an der vorgeschlagenen Lösung ist, dass der Fonds, wie ursprünglich geplant, bis in das Jahr 2017 laufen wird und dass die Leistungen aus dem Fonds in ihrer Höhe nicht eingeschränkt werden. Es wäre eine Ungleichbehandlung zwischen denjenigen, die früh Leistungen beantragt haben, und jenen, die sie erst zu einem späteren Zeitpunkt beantragen. Die Anträge auf Geld aus dem Fonds sollen jedoch nur noch dieses Jahres gestellt werden können. Die Begründung, die für die Verkürzung der Anmeldefrist gegeben wird, ist nachvollziehbar. Es muss Haushaltsplanungssicherheit geschaffen werden. Es muss möglich gemacht werden, realistisch zu berechnen, wie viel Geld zur Unterstützung der ehemaligen Heimkinder noch benötigt wird. Dies ist im Sinne der Betroffenen.

Meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, dass es bis Ende September dieses Jahres möglich ist, einen Antrag in schriftlicher Form einzureichen. Ich möchte es noch einmal betonen, dass im September dieses Jahres nicht die letzte Leistung ausgezahlt wird, sondern lediglich die Frist für die Beantragung von Leistungen abläuft. Bereits seit Juli des Jahres 2012 können Anträge gestellt werden. Es sind somit mehr als zwei Jahre gewesen, innerhalb derer die Antragstellung, nur die Antragstellung, zu erfolgen hatte. Ich denke, das ist ein Zeitraum, innerhalb dessen es für jeden Betroffenen möglich ist, den entsprechenden Antrag einzureichen. So groß das von Herrn Barth vorgetragene menschliche Leid der Betroffenen auch sein mag - ich bin davon überzeugt, dass gut zwei Jahre zu überlegen, ob ich auf diesen Fonds zurückgreifen möchte oder nicht, genügend Zeit zum Überlegen ist. Gerade mit Blick darauf, dass es darum geht, Haushaltsmittel, die zu einer ausreichenden Ausgestaltung des Fonds zur Verfügung gestellt werden, in den Haushaltsplanungen zu berücksichtigen, nicht nur in Thüringen, auch in den anderen neuen Bundesländern. Hierüber wird der neu gewählte Landtag in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2015 und 2016 zu beraten haben, wer dann, mit wem auch immer, Koalitionsgespräche führen wird. Herr Barth, das Einzige, was der Wähler auf alle Fälle, und das hoffe ich sehr, entscheiden wird, ist, dass Ihre Partei an diesen Haushaltsberatungen nicht mehr beteiligt ist. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Aus der Mitte des Hauses liegen mir jetzt keine Wortmeldungen vor. Für die Landesregierung hat Ministerin Frau Taubert das Wort.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Heimerziehung in der DDR zwischen 1949 und 1990 hat bei vielen Heimkindern Traumata hinterlassen. Sie fühlten sich ausgegrenzt, sie mussten arbeiten, sind nicht dafür versichert worden und sie fühlten sich instrumentalisiert. Deswegen möchte ich mich heute in aller Form bei den Heimkindern, die heute dieser Plenarsitzung auch über den Livestream beiwohnen oder sich noch mal anschauen, möchte ich mich für die Worte von Herrn Barth entschuldigen, weil er es wieder getan hat, diese Heimkinder zu instrumentalisieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich finde es unerträglich, dass Sie im Wahlkampf genau die wieder als Instrument benutzen, die schon Leid hinter sich haben.

Meine Damen und Herren, ich will noch mal rekapitulieren, wie wir dazu gekommen sind, und will Ihnen auch Ausführungen dazu machen, wie wir mit dem Fonds weiter verfahren. Wir haben um Ostern 2010 den runden Tisch in Thüringen eingesetzt. Sie kennen mich, ich spreche immer von Kollektivleistungen, wenn es Kollektivleistungen sind, aber in dem Fall kann ich sagen, auf meine Anregung hin haben wir, Frau Lieberknecht und ich, in der Bischofsrunde gemeinsam beschlossen, dass wir so etwas machen. Wir haben uns zwei Jahre intensiv in Thüringen mit der Thematik beschäftigt und haben dazu die Zeitzeugenberichte, die wir aus der Beratungsstelle aus der Stasi-Unterlagenbehörde hatten, zu Hilfe genommen. Wir haben uns intensiv, auch ich persönlich, dafür eingesetzt - meine Reputation stand dafür -, dass dieser „Heimkinder Ost“ überhaupt auf den Weg gebracht wurde. Die Bundesländer West hatten große Sorge, dass ihr Fonds, der aus vielen Jahren und aus der Petition heraus und mit vielen Gesprächen in einzelnen Bundesländern und in Berlin auf den Weg gebracht wurde, „zerstört werden könnte“, wenn es jetzt einfach etwas obendrauf gäbe. Ich will das so sagen: Die Jugendministerkonferenz hat nur deswegen zwei Beschlüsse gefasst, weil ich meinen Kollegen aus Westdeutschland erklärt habe: Lasst uns zwei Fonds machen, die artgleich sind. Wir können auch den Heimkindern aus der ehemaligen DDR nicht erklären, warum sie anders behandelt werden sollen als die Heimkinder in der Bundesrepublik Deutschland. Deswegen ist dieser Heimkinderfonds Ost zustande gekommen. Ich sage auch mit einem gewissen Stolz, dass wir mit den Heimkindern viel

(Ministerin Taubert)

gesprochen haben. Wir haben Veranstaltungen gemacht, denen auch hier und da Parlamentarier beigewohnt haben, die sich die Erfahrungen, die aufgearbeitet werden müssen, angehört haben. Deswegen sage ich nochmals: Es ist ein großer Erfolg gewesen, dass dieser Heimkinderfonds zustande gekommen ist. Ich bin außerordentlich dankbar, dass wir zu dem Zeitpunkt auch gemeinsam in der Thüringer Koalition den Beschluss gefasst haben, den Fonds genauso wie den Heimkinderfonds West, also adäquat mit einer Fifty-Fifty-Finanzierung des Bundes und der Bundesländer auszustatten. Auch das war ein großer Erfolg. Keiner von uns konnte aus den vorliegenden Zahlen und auch den Anmeldungen der Heimkinder schlussfolgern, wie groß die Summe des notwendigen Geldes sein müsse, um mit diesen Rahmenbedingungen, die in dem Fonds festgelegt worden sind, alle Heimkinder mit ihren Anliegen zu befriedigen.

Wir haben den Heimkinderfonds zunächst mit 40 Mio. € ausgestattet. Wir haben gemerkt, dass wir weiter aufstocken müssen. Es sind zum einen persönliche Dinge, die Heimkinder anmelden können. Zum anderen geht es um die Rentenersatzzahlungen, die ebenfalls wichtig sind. Wir müssen konstatieren, dass wir jetzt einen Finanzbedarf, einen zusätzlichen Finanzbedarf von möglicherweise 200 Mio. € in Ostdeutschland haben, nur in Ostdeutschland. Deswegen - auch das will ich sagen - bin ich außerordentlich dankbar, dass der Bund zugesagt hat, bei der hälftigen Finanzierung zu bleiben. Ich ärgere mich natürlich über Kollegen aus anderen Bundesländern, die das eher auf die leichte Schulter nehmen und sagen, da machen wir nicht mit. Darüber müssen wir sprechen. Ich hoffe, dass es Einsehen gibt.

Ich möchte meinem Staatssekretär, Herrn Schubert, ausdrücklich dafür danken, dass er sich in mehreren intensivsten Runden, die nicht einfach waren, immer wieder selber beruhigt und gesagt hat, komm, wir müssen jetzt eine Lösung finden. Deswegen finde ich solche Unterstellungen auch so unverschämte, Herr Barth, die von Ihnen gekommen sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Was haben wir denn erreicht? Wir haben erreicht - Sie können mich ruhig auch anschauen, Herr Barth -, wir haben erreicht, dass es nach wie vor 10.000 € gibt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Sie waren ja nicht mal da, als ich geredet habe.)

All das, was an Rahmenbedingungen ist, ist stehen geblieben. Die Finanzminister haben - und das finde ich, das ist ein begründeter Einwand - gesagt, wir können nur zustimmen, Geld zu geben, wenn wir wissen, wie hoch die Anträge sind, also wie viele Anträge vorliegen. Es ist nicht meine Idee gewe-

sen, Sie sind völlig auf dem Holzweg gewesen, sehr konstruiert.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Kann man sich bei mdr.info anhören.)

Ja, Sie sind völlig auf dem Holzweg gewesen, Herr Barth, mit Ihrem Konstrukt. Wir haben, weil wir gesagt haben, der Vorschlag der Finanzminister 30.06. ist zu kurz, gesagt, okay, dann lasst uns die Mitte nehmen. Wir hatten den 31.12. vorgeschlagen, auch ich, um das noch mal zu unterstreichen. Deswegen haben wir uns in der Mitte getroffen. Das heißt, bis dahin muss ein Schreiben - wir wollen versuchen, auf unserer Homepage auch noch einen leichteren Zugang dazu zu machen -, aber es muss nur ein Schreiben geschrieben werden, in dem steht: Ich, Herr oder Frau Soundso, geboren am soundsovielten, wohnhaft in, beantrage Leistungen aus diesem Fonds. Nicht mehr und nicht weniger. Es erfolgt noch keine Bearbeitung, das ist gar nicht möglich.

Ich will auch noch sagen, die Fondslaufzeit ist nicht verkürzt worden. Die Fondslaufzeit geht, wie vereinbart, bis zum 30.06.2017, die Leistungen sind die gleichen geblieben. Deswegen, denke ich, ist das im guten Zusammenwirken gemeinsam zwischen dem Sozialministerium und dem Finanzministerium eine Entscheidung, die uns weiterhelfen kann. Wir werden jetzt auch sehen, dass wir natürlich auch unsere Beratungsstelle aufstocken, dass wir Personal wieder zuführen, dass wir auch telefonische Möglichkeiten verstärken, damit wir erreichbar sind. Wir werden schauen, dass wir allen auch verbindlich einen Termin zusagen können, wann ihr Antrag, wann sie selber eine Beratung erfahren und wann ihr Antrag aufgenommen wird.

Insofern haben wir meines Erachtens eine Lösung gefunden, die all den Betroffenen, die einen Antrag stellen wollen und aus dem Fonds eine Leistung erhalten wollen, genau das, was wir zugesagt haben, können wir auch heute noch zusagen, wir haben Wort gehalten. Deswegen finde ich, eine Instrumentalisierung dieser Menschen sollte hier in dem Plenum nicht stattfinden. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, so dass ich die Aussprache schließen kann.

Ich rufe **den vierten und letzten Teil** auf, und zwar

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Positionen und Beitrag der Thüringer Landesre-

(Vizepräsident Gentzel)**gierung zur Sicherung der Steuergerechtigkeit und der Steuermoral“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7486 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Huster von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind emotionale mediale Ereignisse gewöhnt. Zu den bedeutendsten Ereignissen der letzten Wochen gehört sicher der Prozess gegen Uli Hoeneß und das entsprechende Urteil. Meine Damen und Herren, die Bewertung seiner Folgen macht auch vor der Politik nicht Halt. So fand und findet beispielsweise in der Bundesregierung eine Debatte über die Verschärfung der Regelungen zur Selbstanzeige über Strafbefreiungen und Verjährungsfristen statt. Die deutsche Steuergewerkschaft rechnet in der Folge des Urteils mit einer Flut von Selbstanzeigen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Thomas Eigenthaler rechnet in den nächsten Jahren mit 60.000 bis 120.000 Selbstanzeigen. Der Fall Hoeneß sei neben dem Ankauf von Steuer-CDs ein ganz wesentlicher Faktor.

Meine Damen und Herren, bis jetzt kam es übrigens deutschlandweit zu ca. 60.000 Selbstanzeigen und von diesen Einnahmen profitiert auch Thüringen. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, zeigen die Dimension des Problems und die Schiefelage in unserem Gemeinwesen. Bei vielen Menschen hat sich der Eindruck längst verfestigt, dass die Kleinen härter rangenommen werden und viele Große nur danach trachten, ihre Pfründe am Gemeinwesen vorbei zu scheffeln. Werte Kollegen, da muss Politik handeln.

(Beifall DIE LINKE)

Vor dem Hintergrund der Debatten um CD-Käufe und deren Mitfinanzierung durch die Bundesländer haben wir uns hier im Haus in der Vergangenheit des Öfteren mit der Problematik befasst und ebenso standen das damals geplante Abkommen mit der Schweiz, seine Vor- und Nachteile, hier zur Debatte. Aus unserer Sicht, aus Sicht der Fraktion DIE LINKE, überwogen klar die Nachteile, so dass die Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz aus unserer Sicht richtig war. Deshalb stand und steht für uns die Frage, ob die Landesregierung bei der künftigen Sicherstellung von Steuergerechtigkeit und Steuermoral ihre bisherigen Positionen ändert und genauer formuliert, ob der Finanzminister seine Position ändert, denn sowohl zum Steuerabkommen mit der Schweiz als auch beim Ankauf von

Steuer-CDs agierte Finanzminister Dr. Voß anders, als sein Koalitionspartner SPD dies gewünscht hat.

Ich stelle fest, auch bei diesem sehr wichtigem Thema für die Legitimation unseres Rechtssystems als auch für die Sicherung der Finanzierung des Gemeinwohls jenseits der bekannten Kürzungsprogramme, hat diese Koalition aus CDU und SPD keine einheitliche Position vertreten. So forderte Dr. Voß zwar, den Druck auf Steuerhinterzieher hochzuhalten, verweigerte sich aber einer Beteiligung Thüringens am Kauf von Steuer-CDs. Dies hat immerhin der jetzige Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Werner Pidde, festgestellt. Diese Position, Herr Dr. Voß, ist umso verwunderlicher, als neben Nordrhein-Westfalen die mit Abstand meisten Selbstanzeigen aus Bayern und Baden-Württemberg stammen, also zwei Bundesländern, deren Regierungen gegen den Länderfinanzausgleich klagen, einschließlich, will ich hinzufügen, einer politischen Kampagne gegen die vermeintlichen falschen Anreize an die sogenannten Nehmerländer.

Meine Damen und Herren, auch diesen Zusammenhang sollte man nicht vergessen.

Herr Dr. Voß, Ihre Position zum Länderfinanzausgleich, wie kürzlich vorgestellt, ist nachvollziehbar. Umso mehr verwundert uns als Fraktion, dass Sie bei der Frage der Steuergerechtigkeit und der Steuermoral Ihre Position offenbar nicht ändern wollen oder können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind überzeugt, dass wir Reichtum in diesem Land thematisieren müssen und auch, wie dieser Reichtum zur Finanzierung des Gemeinwesens besser herangezogen werden kann.

(Beifall DIE LINKE)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Meyer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Präsident. Zu dem Thema Steuergerechtigkeit und Steuermoral hat man wirklich zwei moralische Begriffe. Das ist immer schwierig, wenn es um Steuer geht und trotzdem immer genau da an der richtigen Stelle, wenn es um Steuern geht, weil Steuern letztendlich nichts weiter als der Ausdruck dafür sind, wie der Staat mit seinen Bürgerinnen und Bürgern und die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Staat umgehen, durch diesen Austausch.

(Abg. Meyer)

Der erste Punkt, den hat Herr Huster auch schon genannt, ist in unserem Sinne - das Thema Straftäter zu verfolgen. Ich will es gar nicht so weit hochziehen, wie Herr Huster gerade zum Thema bei Herrn Minister Voß. Der Ankauf der Steuer-CDs ist ein Erfolg. Dass Ihnen das moralisch nicht gefällt, weiß ich. Man kann auch durchaus diese Haltung, dass es moralisch nicht in Ordnung ist, haben. Aber in diesem Fall, in der Politik, im Alltag kann man nur sagen, genauso hat es funktioniert. Genauso kann man offensichtlich dafür sorgen, dass Straftäterinnen und Straftäter, und um solche Menschen handelt es sich nämlich, das haben wir gerade wieder durch Herrn Hoeneß noch einmal deutlich vor Augen geführt bekommen, zu Steuerehrlichkeit herangezogen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf, obwohl ich sonst den Grundsatz durchaus so nicht teilen, sagen, dass in diesem Fall der Zweck auch die Mittel heiligt, weil der Zweck nicht unmoralisch ist. Er ist vielleicht nur weniger moralisch als der, den Herr Voß für sich reklamiert, aber dafür auch weniger misserfolgsgeprägt.

Wir brauchen auch mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer in Thüringen, um die Chance zu erhöhen, dass man häufiger als alle 20 Jahre geprüft wird, wenn man ein halbwegs großes Unternehmen führt. Das sorgt regelmäßig dafür, dass gerade die Ehrlichen im Alltag, wenn sie mit ihren Verwandten, Bekannten, Freunden und Geschäftspartnern zusammensitzen, nicht das Gefühl haben müssen, dass sie die einzigen Dummen sind, die Steuern zahlen, während alle anderen damit durchkommen, dass sie 20 Jahre lang unerkannt bleiben. Da sind wir uns, glaube ich, auch relativ einig.

Wir müssen uns auch, und das ist das zweite Thema, über die Erhebung und Verwendung von Steuern Gedanken machen und dies natürlich auch transparenter gestalten. Ich will das ganz große Thema Steuersystem jetzt nicht nur anreißen und nur sagen, da könnte man viel tun. Da laufen die Vorstellungen in diesem Haus natürlich divergent auseinander, was man da tun müsste, um gerechter zu werden. Die Tatsache, wie sich die Einkommensverhältnisse zwischen dem reichsten und dem ärmsten Zehntel der Gesellschaft auseinanderentwickelt haben, dürfte eigentlich als Bemerkung ausreichen.

Aber auch die Frage, die Herr Huster kurz angeschnitten hat, des Länderfinanzausgleichs und dessen Gerechtigkeit steht auf dem Prüfstand und das ist auch gut so. Auch da verstehen wir schon kaum als Abgeordnete und schon gar nicht die Bürgerinnen und Bürger draußen, wie der Länderfinanzausgleich funktioniert, warum er so überhaupt ist, wie er ist und warum es überhaupt so schwer ist, ihn zu ändern. Das Problem daran aber ist, wir müssen es trotzdem tun. Diese Aufgabe sollte zwischen den

Ländern eine konsensuale Aufgabe werden, zwischen allen Ländern und dem Bund. Ich kann nur hoffen, dass die Klagen, die anhängig sind, wenigstens in diesem Sinne befruchtend sind, weil nützlich werden sie ansonsten natürlich gar nichts, nach meiner festen Überzeugung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend das Thema, welche Möglichkeit Thüringen hat, im Konzert der Bundesländer zu spielen. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir dafür sorgen müssen, dass wir in unserem Europaausschuss das Thema des EU-weiten Datenaustausches und des weltweiten Datenaustausches positiv begleiten. Ich hoffe nicht, dass jemand aus diesem Raum das Problem hat, wenn dann entsprechend irgendwann einmal hoffentlich seriöse Gesetzesvorlagen da sind, dieses Problem nicht auch sieht, dass u.a. der Datenaustausch mit den Steuerparadiesen, mit den USA, mit der Schweiz und innerhalb der Europäischen Union ein Grundproblem dafür darstellt, dass zurzeit Steuerehrlichkeit nicht da ist.

Und wir haben im Bundesrat reichlich zu tun. Wir Bündnisgrünen haben eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, was wir unserer Ansicht nach in Deutschland zu ändern hätten, um Steuergerechtigkeit herzustellen. Ich nenne als Stichworte die Abschaffung der Abgeltungssteuer, die Aufhebung des steuerlichen Bankgeheimnisses, das sollte vielleicht mal betont werden. Wir sollten auch bei den Selbstanzeigen kritisch feststellen, dass die zwar gut und richtig sind und durch Herrn Hoeneß und Co. auch in ihrer Menge sprunghaft zugenommen haben. Die aktuelle Höhe des Steuerzuschlags bei Selbstanzeigen ist aber unserer Ansicht nach viel zu gering. Wir fordern eine Verschärfung der Verjährung und wir fordern übrigens auch eine Überprüfung der Mindeststrafen. Vielleicht noch eine kurze Bemerkung dazu, dann ist meine Zeit zu Ende. Man kann nach den Debatten über einen Straftäter, der mindestens 28 Mio. € hinterzogen hat, sicherlich über die Höhe der Strafe reden. Aber dass sie noch niedriger hätte ausfallen können, das glaubt doch hoffentlich hier keiner. Damit hätte man steuerehrlichen Menschen das Gefühl gegeben, dass ihre Haltung überhaupt nichts mehr wert ist. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Pidde von der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Ehrliche darf nicht der Dumme sein.

(Abg. Dr. Pidde)

(Beifall DIE LINKE)

Otto Normalbürger wird die Steuer gleich vom Lohn abgezogen und dann gibt es - nicht nur ganz wenige - schwarze Schafe unter den Gutverdienern, die betrügen den Staat, die betrügen uns alle um Millionen. Reiche profitieren von den Schulen, profitieren von den modernen Verkehrswegen, profitieren von den kulturellen Einrichtungen in Deutschland und lassen das andere bezahlen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Hochschulen auch.)

Da stimmt die Proportion nicht. Der Fall Hoeneß ist ein Paradebeispiel, aber nur eins. Um noch einmal auf das Urteil zu sprechen zu kommen. Es ist folgerichtig. Es ist eine Mahnung an alle Steuerbetrüger, dass Steuerhinterziehung kriminell ist. Jahrelang gab es einen regelrechten Volkssport, Gelder ins Ausland zu transferieren, und erst, als deutsche Steuerbehörden Steuer-CDs aufkauften, kam die vermeintliche Sicherheit für die Steuerbetrüger ins Wanken. Seit dem ersten Kauf einer Steuer-CD gab es richtig Bewegung, was die Problematik der Selbstanzeigen angeht. Erst die Sorge vor Entdeckung brachte inzwischen Tausende Steuerhinterzieher durch Selbstanzeige zurück auf den Pfad der Steuertugend.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie haben den Schulterchluss eingefordert. In vielen Sachfragen, in vielen finanzpolitischen Fragen sind wir mit unserer Auffassung sehr eng beieinander. Hier gibt es allerdings einen deutlichen Unterschied. Wir denken, auch Thüringen sollte sich in Solidarität mit den anderen Ländern am Kauf solcher CDs beteiligen. Es ist auch keine Hehlerei oder Ähnliches,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Doch, ist es.)

was hier schon gesagt worden ist von Herrn Dr. Voß, sondern es gibt inzwischen schon Verfassungsgerichtsurteile, dass das legitim ist und auch erfolgen kann.

Ich sage hier auch noch einmal eindeutig: Es ist immer besser, wenn man Dinge vertraglich regelt, als zu solchen Methoden zu greifen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wenn das der SPD nicht reicht, schicken wir die Kavallerie.)

Wir aber haben das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz, das dann im Bundesrat gescheitert ist - und ich sage, zum Glück gescheitert ist. Es hätte dazu geführt, dass für ein paar Peanuts, für ein paar Millionen, die hier in die Bundes- und Landeskasse geflossen wären, Betrüger im Dunkeln bleiben würden. Die Selbstanzeigewelle hat erst danach, nachdem dieses Steuerabkommen gescheitert war, richtig Drive bekommen und auch der Fall Hoeneß.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Deswegen wollt Ihr auch noch ... abschaffen.)

Deshalb sage ich, ein Abkommen ist immer besser. Es wird ein neues deutsch-schweizerisches Steuerabkommen geben, unter anderen und neuen Vorzeichen. Herr Präsident, ich will mal aus dem Handelsblatt zitieren: „Allmählich begreifen wir. Das Bankgeheimnis hat in einer Welt der Globalisierung und Digitalisierung seine Funktion immer mehr verloren. Auch mit der Schweiz werde es zum automatischen Informationsaustausch kommen.“ Zitat Bundesfinanzminister Schäuble, und dem möchte ich eigentlich nichts hinzufügen. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Barth von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Gerechtigkeit und Moral sind Begriffe, wo die Wahrnehmung und die Interpretation bei den Bürgern unserer Gesellschaft zwangsläufig sehr unterschiedlich ist. Wenn der Begriff „Steuern“ dazukommt, verschärft sich das wahrscheinlich in der Differenzierung noch mal ein ganzes Stück. Für die einen kann die Belastung der Reichen nicht hoch genug sein, für die anderen ist die steuerliche Belastung der Normalverdiener jetzt schon zu hoch und muss gesenkt werden.

Herr Kollege Huster, bei allem Respekt für Ihre Position, müssen Sie trotzdem zur Kenntnis nehmen, dass wir in einer Situation sind, wo Land und Bund Rekordsteuereinnahmen haben. Die Steuereinnahmen sind so hoch wie nie zuvor. Wir haben ganz bestimmt kein Einnahmenproblem, wir haben ganz andere Probleme, was unsere Haushalte betrifft.

(Beifall FDP)

Das Instrument der Selbstanzeige, meine Damen und Herren, ist eins, das diskutiert wird. Ich will für meine Fraktion sagen, dass wir dieses Instrument auch künftig ausdrücklich für gerechtfertigt halten. Damit diese Selbstanzeige strafbefreiend wirkt, müssen eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Unter anderem darf die Tat noch nicht entdeckt sein, die Selbstanzeige muss auch vollständig sein. Es führt übrigens auch nicht dazu, dass man Steuern spart, sondern man muss natürlich seine Steuern inklusive entsprechender Säumniszuschläge dann nachzahlen. Das Instrument der Selbstanzeige führt also mitnichten dazu, dass dem Staat Einnahmen entgehen. Er erhält vielmehr Einnahmen, die er ansonsten möglicherweise nicht erhalten hätte.

(Beifall FDP)

(Abg. Barth)

Die Selbstanzeige, meine Damen und Herren, das steht meiner Meinung nach fest und ist insbesondere im Fall Hoeneß deutlich zu sehen, wirkt nicht strafbefreiend, wenn sie diese Bedingungen nicht erfüllt hat. Fest steht, dass in dem Fall dann der Tatbestand der Steuerhinterziehung gegeben war und entsprechend auch strafrechtlich zu bewerten und zu verurteilen war. Ich bin froh, dass das so geschehen ist. Herr Kollege Meyer hat ausdrücklich recht, wenn er sagt, wir hätten keinem Menschen erklären können, wenn in diesem Fall bei solchen Summen keine Freiheitsstrafe oder etwa nur eine Bewährungsstrafe verhängt worden wäre.

(Beifall FDP)

Ob das Urteil auch in der Höhe gerecht ist, das ist nun wiederum eine sehr persönliche Einschätzung. Das muss jeder für sich entscheiden. Aber die Tatsache der Verurteilung ist mit Sicherheit ein Beitrag dazu, dass wir normalen Menschen in unserem Land das Gefühl vermitteln, dass Steuerhinterziehung tatsächlich verfolgt und im Rahmen des geltenden Rechts auch verurteilt wird. Nun ist Uli Hoeneß nicht der einzige prominente Fall, über den in den letzten Wochen und Monaten berichtet worden ist. Da war der Fall des Berliner Kulturstaatssekretärs Schmitz, der vom Regierenden Bürgermeister Wowereit jahrelang gedeckt und geschützt worden ist. Der hat das übrigens mit Loyalität begründet. Der jüngste Fall ist der SPD-Fraktionschef im Baden-Württembergischen Landtag, der vier Jahre lang vergessen hat, seine Steuererklärung abzugeben. Kann ja mal passieren. Mein Finanzamt ruft nach zwei Jahren an und erinnert mich daran. Nach spätestens anderthalb Jahren bekomme ich Post und werde daran erinnert. Loyalität scheint bei den Genossen überhaupt ein Mittel zu sein, wo man irgendwie die Parteidisziplin auch mal über das Gesetz stellt. Mich hätte schon interessiert, wer mit wem telefoniert hätte, wenn Herr Hoeneß in der SPD wäre. Die allermeisten Steuerdelikte, meine Damen und Herren, entstehen aber gar nicht aus bösem Willen oder gar aus krimineller Energie, sondern die sind schlicht und ergreifend Folge unseres komplizierten und selbst von Spezialisten inzwischen nicht mehr zu durchschauenden Steuerrechts.

(Beifall FDP)

Fakt ist, dass jeder, der sich heute eines Steuerberaters bedient, damit nicht automatisch aus der Haftung ist. Unterschreiben müssen wir alle unsere Steuererklärung immer noch selber und wir stehen tatsächlich meistens schon mit einem Bein quasi im Gefängnis, wenn wir dafür unterschreiben, dass wir das unter Beachtung aller gesetzlichen Gegebenheiten getan haben - die kennt ja keiner von uns in der Tat wirklich. Deshalb, meine Damen und Herren, wenn selbst Steuerexperten nicht mehr alles verstehen, wie soll es dann der einfache Bürger

verstehen und wie weit ist es dann mit der Gerechtigkeit wirklich noch her? Deswegen ist der Ausweg aus der Misere in der Tat am Ende die Schaffung eines transparenten und verständlichen Steuersystems. So können wir uns der Steuergerechtigkeit am Ende nähern.

(Beifall FDP)

Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren, ist die Frage der CDs. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass es nicht richtig ist, Steuer-CDs zu kaufen, dass es nicht richtig ist, mit Informationen, mit Beweisen, die man sich illegal verschafft hat, zu arbeiten. Das ist Hehlerei und das bleibt es auch. An der Stelle kritisiere ich auch ausdrücklich die entsprechenden Gerichtsurteile. Man muss sie natürlich akzeptieren, für richtig halte ich sie trotzdem nicht. Ob der Zweck die Mittel heiligt, Herr Kollege Meyer, hängt immer noch von den Mitteln ab, nicht vom Zweck.

Vizepräsident Gentzel:

Herr Abgeordneter, achten Sie bitte auf die Zeit.

Abgeordneter Barth, FDP:

Der Kauf von Steuer-CDs ist mit Sicherheit nicht das richtige Mittel, um Steuergerechtigkeit herbeizuführen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Lehmann von der CDU-Fraktion.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Steuergerechtigkeit und Steuermoral, das sind Begriffe, die im Moment aufgrund des aktuellen Falls auch wieder in aller Munde sind, die intensiv von Bürgern, Medien und natürlich auch in der Finanzverwaltung diskutiert werden, aber dennoch bei uns auch hier im Thüringer Landtag nicht neu sind. Wir haben uns in den letzten Jahren - ich habe mal in die alten Protokolle geschaut - auch immer wieder mit der Thematik in Plenarsitzungen auseinandergesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Steuern dienen der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und des Gemeinwohls. Steueroasen konterkarieren dieses wichtige Ziel und gefährden einen ordnungsgemäßen Steuervollzug zulasten der Gemeinschaft. Hier sage ich für die CDU ganz deutlich: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die verfolgt werden muss und

(Abg. Lehmann)

- wie wir aktuell erlebt haben - auch verfolgt wird. In der Debatte um die Verfolgung von Steuersündern treten alle Fachpolitiker der CDU/CSU bundesweit für eine schnelle Eingreiftruppe ein. Das haben wir auch bereits letztes Frühjahr bei einer gemeinsamen Konferenz besprochen und dazu ein Positionspapier verfasst. Dazu gehören dann aber auch Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften, die gut vernetzt sein müssen. Es darf auch weltweit keine Steueroasen mehr geben, in denen, zumindest nach den Zahlen, die ich gelesen habe, 130.000 Personen aus mehr als 170 Ländern ihr Geld vor dem heimischen Fiskus versteckt haben sollen. Die mit anderen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen sind auch ein wichtiger Baustein zur Durchsetzung von Steuergerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Sie allein reichen aber nicht aus, um flächendeckend Ausweichbewegungen zu vermeiden. Nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit aller Staaten kann zum Beispiel auch eine faire Besteuerung international agierender Konzerne sichergestellt werden. Im Juni 2013 wurde, zumindest was Deutschland betrifft, auf der Bundesebene gemeinsam mit den Ländern eine Arbeitsgruppe für die Betriebsprüfung eingerichtet.

Der Ankauf von Steuer-CDs wurde von meinen Vorrednern auch schon diskutiert oder angesprochen. Der systematische Ankauf von Steuer-CDs mit gestohlenen Daten ist aus unserer Sicht kein tragfähiges politisches Konzept, auch wenn Thüringen sich daran vor Jahren schon beteiligt hat, allerdings mit mäßigem Erfolg, und es aufgrund der Rechtsprechung auch wieder tun könnte - sagen wir es mal so. Letztlich ist das aber keine generelle Lösung für die Probleme, um die es hier geht.

Wir müssen von allen Staaten die Aufdeckung von Steuermisbrauch nicht nur erwarten, sondern auch fordern. Staaten, die hier nicht mitziehen, müssen auch die Konsequenzen zu spüren bekommen. Es ist auch so, dass die Schweiz hier einlenkt, ich denke, das ist auch gut so, dass es dort nach dem nicht zustande gekommenen Abkommen, was ich sehr schade finde, jetzt doch andere Möglichkeiten geben soll.

Wie sieht die Lage nun in Thüringen aus, meine sehr geehrten Damen und Herren? In den letzten Jahren seit 2010 gingen mehr als 100 Selbstanzeigen hier bei unseren Finanzämtern ein und haben letztlich auch mehrere Millionen Euro an Steuereinnahmen erbracht. Unstrittig ist, ich denke, da sind wir uns auch alle einig, dass der Druck auf Steuerhinterzieher weiterhin hochgehalten werden muss, denn gleiches Recht muss für alle gelten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten, gegen Steuerhinterziehung vorzugehen, werden in Thüringen umfassend genutzt. Wir haben die Steuerfahndung, die sehr gut und schlagkräftig aufgestellt ist.

Wir haben mit etwa 260 Mitarbeitern in der Betriebsprüfung auch gut ausgebildete Fachleute, die unterwegs sind, um Steuerfehler - Herr Kollege Barth, da gebe ich Ihnen ein Stück weit recht, es gibt auch Fehler, die entstehen - aufzudecken, so dass die künftig nicht mehr gemacht werden. Wir haben unsere Fahndungsprüfungen auch in den letzten Jahren verstärkt. Unsere Fahnder gehen Hinweisen entsprechend nach. Ich gehe davon aus, dass der Minister die konkreten Zahlen, also auch die Mehreinnahmen, die dadurch zustande gekommen sind, hier noch mitteilen wird. Ich will zusammenfassend sagen: Wir haben eine gut arbeitenden Steuerverwaltung in Thüringen, gut aus- und weitergebildete Bedienstete, die alles dafür tun, damit Steuergerechtigkeit und auch der Einzug der Steuer gewährleistet ist.

Vizepräsident Gentzel:

Frau Abgeordnete, wenn Sie auf die Redezeit achten.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Vielleicht noch einen Satz, Herr Kollege.

Vizepräsident Gentzel:

Nein. Sie tun mir einen großen Gefallen.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Gut, dann nicht. Dann bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Gentzel:

Danke schön, Frau Abgeordnete.

(Heiterkeit CDU, DIE LINKE)

Aus der Mitte des Hauses liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Für die Landesregierung hat Finanzminister Dr. Voß um das Wort gebeten.

Dr. Voß, Finanzminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin dankbar für diese Aktuelle Stunde, weil sie für mich dazu dienen kann, doch das eine oder andere vielleicht noch einmal zu betonen und vielleicht auch geradezurücken. Das Thema ist „Position und Beitrag der Thüringer Landesregierung zur Sicherung der Steuergerechtigkeit und der Steuermoral“. Was hier in der Debatte bisher überhaupt nicht zum Ausdruck kam, ist, welchen Beitrag wir denn durch unsere eigenen Steuerbehörden leisten und ich bin insofern erstaunt, weil ich doch die letzten Wochen und Monate verstärkt an die Öffentlichkeit mit wirklich vorzeigbaren Ergebnissen getreten bin, die wir hier in Thüringen durch unsere Steuerverwaltung haben. Ich möchte die Debatte aus meiner Sicht in

(Minister Dr. Voß)

drei Segmente einteilen: Welchen Beitrag können wir hier in Thüringen selbst leisten; die Position der Landesregierung zur Steuer-CD und zur Selbstanzeige und dann kommen wir noch mal auf internationale Rahmenbedingungen, die bis dato hier im Mittelpunkt der Diskussion standen. Das ist aber eine verkürzte Wahrnehmung und soweit reicht unser Arm natürlich nicht, dass wir hier internationale Abkommen verhandeln. Aber zunächst zu unserer eigenen Rolle, meine Damen und Herren. Unsere Betriebsprüfer haben im vergangenen Jahr, also 2013, ein Mehrergebnis von 160 Mio. durch Betriebsprüfungen erzielt. Das sind 17 Prozent mehr als 2012, auch das beste Ergebnis seit 15 Jahren. Meine Damen und Herren, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben 4.000 Prüfungen durchgeführt. Wir haben in der Betriebsprüfung 260 Mitarbeiter und für dieses wirklich gute Ergebnis zur Durchsetzung von Steuergerechtigkeit, zur Durchsetzung von bundesdeutschem Steuerrecht, und zwar ohne Ansehen der Person und bei jedermann. Insofern bedanke ich mich wirklich bei unseren Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfern. Sie haben gut gearbeitet und sie haben wirklich der Steuergerechtigkeit in Thüringen einen Dienst erwiesen. Das sollten wir hier nicht vergessen.

(Beifall CDU, FDP)

Ich komme zur Steuerfahndung. Neben der Betriebsprüfung haben wir eine Steuerfahndung, die staatsanwaltschaftliche Rechte hat. Wir haben letztes Jahr durch die Steuerfahndung unsere Mitarbeiter nicht irgendwo im Nirwana-Land, sondern hier in Thüringen ganz konkret, haben wir 26 Mio. Mehrergebnis erzielen können und wir haben über 300 Fahndungsprüfungen durchführen können. Die Strafen, die aufgrund dessen ausgesprochen wurden, sind in Summe 20 Jahre. Also meine Damen und Herren, wo haben wir jetzt hier ein Defizit eigentlich im Tun? Wir setzen ohne Ansehen der Person bundesweites Steuerrecht effizient durch. Herr Pidde, zu CDs kommen wir gleich, aber schauen wir doch erst mal vor der eigenen Haustür. Da können wir uns auch bundesweit sehen lassen. Obwohl wir in der Steuerverwaltung Personal abbauen müssen, jeder weiß das, bauen wir es in der Betriebsprüfung und in der Steuerfahndung nicht ab. Die Leute sind gut und technisch ausgestattet und dafür sorgen wir auch. Als Abfallprodukt dieser Steuerfahndung und der Betriebsprüfung haben wir 6.000 Steuerstrafverfahren eingeleitet; die Verstöße waren so schwer, dass sie der Staatsanwaltschaft übergeben werden mussten und die Staatsanwaltschaft hat 560 Verfahren eingeleitet. Hören Sie mal, wir haben hier keine Schlafmütze auf, sondern sind sehr effizient dabei, das Steuerrecht durchzusetzen. Das ist nun allemal eine Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt von Steuergerechtigkeit reden können. Wir haben übrigens 21 Verfahren in Thüringen, die mit Geldwäsche zu tun haben, auch dort

sind wir tätig. Das ist auf jeden Fall unser Beitrag zur Steuergerechtigkeit.

Jetzt komme ich zum zweiten Segment, zu den CDs und zur Selbstanzeige. Vielleicht auch hier eins zur Richtigstellung. Herr Barth, Sie haben gesagt Hehlerei. Ich habe das Wort in der Vergangenheit auch schon benutzt. Herr Pidde, man muss eins unterscheiden, unser Verfassungsgericht und unsere Gerichte haben gesagt, wenn die CDs mal hier sind, dann dürft ihr sie auch benutzen, aber Datenklau in den Ländern, wo sie geklaut sind, ist in den Ländern strafbar und insofern ist es auch schon eine tolle Sache, dass der deutsche Staat mehr oder weniger im Graubereich in anderen Ländern fischt. Das war meine moralische Position. Da habe ich von einem rechtsstaatlichen Verhalten ein anderes Verständnis.

Zur Effizienz der Steuer-CDs vielleicht Folgendes: Wir haben uns am Ankauf von Steuer-CDs, und zwar an fünf Ankäufen, beteiligt. Wir haben 180.000 € bezahlt und wir haben auch einen gewissen Ertrag gehabt. Vielleicht noch einmal zur Relation: Auf der letzten CD von Rheinland-Pfalz waren 44.000 Daten von Personen. Von Thüringen waren dabei unter zehn. Ich möchte, Herr Pidde, vielleicht auch noch mal - aber ich sage auch, was Sie vielleicht freuen wird. Herr Huster, das muss ich Ihnen sagen, die Auswertung von CDs führt vielleicht zu ein bisschen mehr Steuergerechtigkeit, okay, das tun wir auch. Die Kostenbeteiligung daran ist für die Steuergerechtigkeit eine vollkommen nebensächliche Frage.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Das soll moralisch sein.)

Das ist vielleicht moralisch oder eine Frage, wie man im Bundesstaat miteinander umgeht. Mit der Steuergerechtigkeit, Herr Pidde, hat das nichts, aber gar nichts zu tun, sondern die Daten werten wir natürlich aus. Es sei vielleicht noch eins gesagt: Auch wenn ich mich überhaupt nicht an den Kosten beteiligen würde, ist die Gesetzeslage wie folgt, dass Steuerdaten, die in dem betreffenden Land, Bundesland, wo sie sind, wegen mangelnder Zuständigkeit nicht verfolgt werden können, an die Nachbarfinanzämter in den anderen Ländern abgegeben werden. Noch mal gesagt: Ob ich bezahle oder nicht, ich bekomme die Daten auf jeden Fall. Das ist dann die Frage der Steuergerechtigkeit und nicht, Herr Pidde, was Sie hier seit längerer Zeit in den Mittelpunkt stellen, und, Herr Huster, Sie heute auch gesagt haben, wenn ich mich an den CDs nicht beteilige, dann hat der Freistaat ein Defizit in der Durchsetzung von Steuergerechtigkeit. Bitte schön, ich glaube, das ist deutlich geworden. Es ist eine andere Frage des Umgangs im Bundesstaat. Vielleicht sage ich Ihnen noch, warum es zu dieser Entscheidung kam, die ich übrigens dabei bin, rückgängig zu machen. Herr Pidde, jetzt sollten Sie sich

(Minister Dr. Voß)

vielleicht freuen. Es kam zu der Entscheidung, weil Sachsen, Bayern, Hessen und Thüringen gesagt haben, hier gibt es ein Schweizer Abkommen und wir sind auf solche Desperado-Methoden nicht mehr angewiesen. Deswegen haben wir die Beteiligung eingestellt. Wir sind uns in der Koalition auf Bundesebene einig, da braucht man nur den Koalitionsvertrag des Bundes zu lesen, dass wir nun, Herr Pidde, gemeinsam, und zwar meine Kollegen von der SPD-Seite genauso wie wir, versuchen wollen, den internationalen Steuerdatenaustausch durchzusetzen. Da ziehen wir wirklich an einem Strick. Insofern sollte man die Sache mit diesen Steuer-CDs, zumindest wenn Sie das Wort „Steuergerechtigkeit“ meinen, da vielleicht nicht so aufblähen. Aber ich habe schon gesagt, dass auch wir uns wieder an diesen Kosten, wenn ein Land wieder aufkaufen wird, beteiligen. Ich rechne allerdings nicht sehr damit, weil die Bemühungen auf anderer Ebene viel weiter sind.

Ich komme zur Selbstanzeige. In der Tat ist das das wichtigere Instrument. Wir haben hier seit 2010 in Thüringen 192 Selbstanzeigen, allein in diesem Jahr 42 davon. Wir haben auf diese Art und Weise 5 Mio. € Steuermittel eingenommen. Wir sind uns aber auch einig, dass diese Selbstanzeige nicht abgeschafft gehört, wie es der eine oder andere fordert. Es ist nicht Konsens oder - umgedreht gesagt - zwischen den SPD-Finanzministern und CDU-Finanzministern und auch Bundesfinanzminister sind wir uns einig, dass dieses nicht abgeschafft gehört. Die Vor- und Nachteile sind genügend diskutiert worden. Sie können durch solche Selbstanzeigen - was ein Angebot des Rechtsstaates ist, übrigens wie es im Strafgesetz generell der Fall ist. Wer eine Straftat begangen hat und selbst mitwirkt, da kennen Sie diese Regel, der darf mit Milderung rechnen. Das ist ein Grundsatz. Wer mitwirkt, Straftatbestände aufzuklären, kann auch mit einer gewissen Rücksichtnahme rechnen. Das ist im Steuerrecht nicht anders. Wir aber sind auf dem Weg, die Frage der Selbstanzeige zu erschweren. Ich weiß nicht, wer es hier gesagt hat, Herr Meyer, Sie, oder Herr Huster - ich weiß es nicht ganz - oder Herr Pidde, Sie sagten, dass man jetzt überlegt, die Dinge zu verschärfen seit dem Fall Höhn.

(Zwischenruf aus der Fraktion DIE LINKE: Hoeneß.)

Hoeneß, ja - oh Gott, der Arme. Man sehe mir das wirklich nach, aber wir haben es ja auch schon nach 18.00 Uhr. Ich meine natürlich den Hoeneß.

Meine Damen und Herren, das ist Unsinn. Es wurde Mitte letzten Jahres von den Finanzministern eine Staatssekretärsarbeitsgruppe eingesetzt - da gab es noch keinen Fall Hoeneß. Man hat gesagt: Wollen wir das so weiter praktizieren, gibt es hier Handlungsbedarf? Noch diesen Monat wird es im Kreise auf der FMK, Finanzministerkonferenz,

einen Austausch geben. Ich sage meine Position auch: Momentan, wenn jemand über Selbstanzeige seine Steuerschuld bezahlt, muss er sich einen Aufschlag von 5 Prozent der Steuerschuld gefallen lassen. Wir werden das auf 10 Prozent erhöhen. Die zweite Position ist, die Verjährung tritt jetzt nach fünf Jahren oder die Straffreiheit nach fünf Jahren ein. Wir werden das auf zehn Jahre verlängern. Beide Maßnahmen würden den Druck auf die Betroffenen, sich ehrlich zu machen, auf jeden Fall erhöhen. Das sind meines Erachtens rechtsstaatliche Mittel.

Ich komme zum dritten Punkt, und das ist der entscheidende: Schweiz hin, Schweiz her - wir brauchen einen internationalen Steuerdatenaustausch. Dazu müssen die Banken mitwirken. Wir sind im Bereich der OECD sehr, sehr weit, was den Standard des Datenaustausches anbelangt. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird dieses Bankgeheimnis, soweit es sich hier um steuerbare Erträge handelt, der Vergangenheit angehören. Ich prophezeie, dass es auch in der Schweiz so sein wird. Das ist der richtige Weg, den wir übrigens auf Bundesebene im Koalitionsvertrag verschriftet haben. Wir wollen auch den internationalen Gewinnverschiebungen, genannt aggressive Steuergestaltung, nachgehen. Daran arbeitet der Bundesfinanzminister. Er hat die breite Unterstützung der Landesfinanzminister, parteiübergreifend. Und dann sollten wir uns hier in unserem Parlament vielleicht an das, was momentan eingeleitet ist, auch andocken und nicht eine Pseudodiskussion über CDs oder Kostenbeteiligung führen. Wir sind auf dem Weg und wir sind sehr erfolgreich hier in Thüringen. Zu der Schweizer Angelegenheit vielleicht noch Folgendes: Ich will auch aus meiner Meinung da keine Mördergrube machen. Wir wären heute schon um 2 Mrd. Steuermehreinnahmen reicher. Ja, wir wären reicher. Wir haben geschätzt, dass die Bundesrepublik aus diesem Abkommen in einem Zeitraum von fünf, sechs Jahren 10 Mrd. zusätzlich einnehmen wird. Und es ist auch klar, dass wahrscheinlich der, wie heißt der - Hoeneß,

(Heiterkeit DIE LINKE)

ich bin kein Fußballfan - vielleicht noch hätte mehr bezahlen müssen. Es wäre ein geregeltes Verfahren gewesen. Sie haben recht, die Leute wären nicht offenbar geworden, das ist wohl richtig. Aber wir machen uns nun heran, ein weiteres Abkommen zu verhandeln, was allerdings international abgestimmt sein wird. Insofern bedanke ich mich recht herzlich für die Möglichkeit, einige Punkte klarzustellen, damit die Diskussionen nicht ganz durcheinander gehen. Recht herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Für die Freunde der Statistik: In den letzten 40 Minuten fiel der Name Uli Hoeneß genau 13 Mal. Klarer Sieger war da der Finanzminister Dr. Voß mit fünfmal. Für jemanden, der von sich sagt, ich habe keine Ahnung von Fußball, ist das eine ganze Menge.

(Heiterkeit im Hause)

Ich kann den Tagesordnungspunkt schließen, damit schließe ich auch die Sitzung für heute. Wir sehen uns morgen wieder in aller Frische um 9.00 Uhr.

Ende: 18.14 Uhr